



DAS WORT "GERINGVERDIENER" IST SCHON DER FEHLER. SIE WERDEN GERING BEZAHLT. VERDIENT HAT DAS NIEMAND!

AUS DEM INHALT



Wir in Dortmund für Vielfalt und gegen Antisemitismus

Seite 3



Gegen Benachteiligung gibt es keine Impfung!

Seite 4



Eine Stadt der Bildung, wo niemand zurückbleibt?

Seite 8



Sachverständigenrat fordert gleichberechtigte Teilhabe

Seite 10

Nach Corona: Aufschwung und gute Arbeit für alle? Ein Sommermärchen

Der Sommer ist da, die Inzidenzen niedrig: alles gut?

Der Sommer ist da, die Inzidenzen sind niedrig, und es scheint so, als gäbe es nur noch ein Thema: Wohin in den Urlaub? Lange Schlangen vor den Schaltern der Billigflieger. Aber: Warten dort nicht viele Menschen mit Einwanderungsgeschichte, die nach Monaten des Lockdown und der Reisebeschränkungen endlich wieder ihre alten Eltern, ihre Familie, Verwandte und Freunde persönlich treffen möchten? Denn: Schon vor der Corona-Krise konnten sich 13 Millionen Menschen in Deutschland keine Urlaubsreise leisten. Das werden nun mehr geworden sein, denn für viele Menschen war und ist die Corona-Krise mit einem Minus beim Einkommen verbunden, durch den Lockdown z.B. bei kleinen Betrieben von Gaststätten und Einzelhandel, durch Kurzarbeit oder auch durch den Verlust des Arbeitsplatzes.

Arbeitsmarktrisiken ungleich: mit Folgen für die Zeit nach der akuten Corona-Krise?

Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte sind von den Auswirkungen der Corona-Krise auf den Arbeitsmarkt überdurchschnittlich stark betroffen. In der Sprache der Arbeitsmarktforschung ausgedrückt: „Überdurchschnittlich hoch sind die Risiken des Verlusts der Erwerbstätigkeit bei Personen in befristeten Arbeitsverhältnissen und bei geringfügig Beschäftigten.“ (IAB-Kurzbericht 9/2021). Der Verlust des Arbeitsplatzes bzw. die starke Verkürzung der Arbeitszeiten betrifft dabei Personen, die Routinetätigkeiten ausführen, kurze Betriebsdauer haben und in kleineren Betrieben beschäftigt waren oder sind, besonders.

Frauen – und insbesondere auch Frauen, deren Kinder zuhause leben –, sind in besonders starker Weise betroffen. Viele Geflüchtete sind in einer sehr schwierigen Lage,

weil die Integrationskurse im Lockdown stark eingeschränkt waren oder ausgefallen sind: ein Rückschlag auf ihrem Weg in den neuen Alltag.

Die wenigen Studien, die bisher vorliegen, deuten darauf hin, dass in Stadtteilen der großen Städte mit einem sehr hohen Anteil an dort lebenden Menschen mit Einwanderungshintergrund sowohl die Betroffenheit von Armut und Einkommens- oder Arbeitsplatzverlust durch die Corona-Krise, als auch die Infektionsraten vergleichsweise höher sind als in anderen Stadtteilen (siehe hierzu auch den Beitrag von Karanfil e.V. auf Seite 4).

Ausbildung - ein guter Weg in die berufliche Zukunft: für alle, die ihn gehen wollen?

In und durch die Corona-Krise ist noch einmal deutlich geworden: neben den gesundheitlichen sind auch die Armuts- und Arbeitslosigkeitsrisiken unterschiedlich

verteilt und diese Ungleichheit hat sich verschärft. Dies betrifft auch die Berufsausbildung. Betriebe bieten auch in diesem Jahr wieder weniger Ausbildungsplätze als in der Vergangenheit an, nach Schätzungen ca. 10 Prozent gegenüber dem schon 2019 erheblich gesunkenen Angebot. Dennoch bleibt ein Teil unbesetzt; zugleich gehen immer noch Jugendliche aus Einwanderungsfamilien, auch wenn sie sich für eine Ausbildung interessieren, leer aus. Denn die Betriebe entscheiden, wen sie nehmen. Konsequenz: es gibt immer mehr dieser Jugendlichen, die resignieren; die Zahl der Bewerbungen sinkt ebenfalls.

Für sie und ihre Altersgenossen*innen ist aber das, was ihnen in der Schule und auf dem Ausbildungsmarkt geschieht, auch ein „Lehrstück“, wie es um die Wahrung ihrer Interessen in dieser Gesellschaft bestellt ist.

Fortsetzung auf Seite 2

Die Inzidenzen gehen zurück, unsere Sorgen nicht

Einwanderungsland Deutschland im Wahljahr: Wohin geht der Weg?

Die Inzidenzen gehen zurück, der Sommerurlaub ist in aller Munde. Noch mal irgendwie davongekommen? Zurück zum Weiter-So? Schon, als alles losging - im April 2020 - hat der BV NeMO gewarnt: Die Corona-Krise macht ungleicher. Menschen mit Flucht- und Einwanderungsgeschichte werden besonders betroffen sein. Es ist bitter, Recht behalten zu haben.

Im Sommer 2021 stellen wir fest: Die soziale Schieflage im Einwanderungsland Deutschland nimmt zu. Das gilt für nahezu alle Lebensbereiche; ein Gesamtbild wäre unaufschiebbar erforderlich. Wir heben hervor, was uns besonders dringlich ist:

- **Gesundheit.** Die Inzidenzen gehen zurück, aber Covid-19 ist noch da: Aufklärung über Schutz, Impfen und Testen, die

wirklich bei den Menschen ankommt, Begleitung von Kranken, Genesenden und den betroffenen Familien und die Entlastung der im Gesundheitswesen Arbeitenden – viele von ihnen mit Einwanderungsgeschichte – bleiben eine akute Herausforderung.

- **Bildung.** Für viele Kinder und Jugendliche bringt die Corona-Krise einen Rückschlag in ihrem Bildungsweg und beim Übergang von der Schule in Ausbildung und Arbeitswelt. Nachhilfe im üblichen Sinn des Wortes greift zu kurz. Für diesen Sommer ist nachholende Bildung mit Lernspaß und Lebensfreude notwendig. Danach sollten wir Abschied nehmen von der Schule als „Lernmaschine“, hin zu einer Schule als sozialer Art der Bildung und des respektvollen Zusammenlebens.

Fortsetzung auf Seite 4

Wir fordern Antirassismusstellen in migrantischer Trägerschaft

Der BV NeMO veranstaltete am 01. Juli 2021 ein prominent besetztes Fachgespräch.

Im Gespräch mit Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung bot der Bundesverband NeMO eine Austauschplattform, um über die Rahmenbedingungen für Transformationsprozesse von informellen zu offiziellen Antirassismusstellen in migrantischer Trägerschaft zu beraten.

Mehr als 110 Teilnehmende folgten der Einladung des Bundesverbands, darunter sowohl Bundestagsabgeordnete der Parteien CDU/CSU, die LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP als auch Vertreter*innen der Zivilgesellschaft sowie der Bundes- bzw. Landesverwaltungsstrukturen.

Quintessenz des Fachgesprächs: Es ist zielführend, Beratungsstellen für von Rassismus Betroffene in zivilgesellschaftlicher unabhängiger Trägerschaft anzusiedeln.

- Die lokalen Migrant*innenorganisationen (MO) engagieren sich seit jeher, um den besonderen Bedarf in Eigeninitia-

tive und mit eigenen Ressourcen abzudecken.

- Die Wahrnehmung der Beratungsstruktur durch Ratsuchende: Antirassismusstellen als vertrauensvoller Schutz-Raum (als Ort des Empowerments von Betroffenen). Dies sei viel mehr als bloße Empowerments-Workshops, Bürger*innen-Dialoge und Qualifizierungsreihen, so Frau Dr. Beloe.

- Menschen, die Rassismen und Diskriminierungen erfahren würden, wie zum Beispiel Geflüchtete, seien aufgrund ihres besonders häufigen Umgangs mit Ämtern, aber auch der dort erlebten Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen sowie übertriebener Bürokratie maßlos überfordert und wollten so wenig wie nur möglich mit Ämtern zu tun haben, so das Statement des Vertreters des brandenburgischen NeMO-Verbands, Obiri Mokini.

Fortsetzung auf Seite 5

EDITORIAL

VMDO

Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.

Die Inzidenzen gehen zurück, unsere Sorgen nicht

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Die Inzidenzen gehen zurück, unsere Sorgen nicht“: so lud der Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen (BV NeMO) Medienvertreter Anfang Juni zu einem Gespräch ein. So sehen wir das auch. Deshalb geht es in dieser Sommerausgabe des ECHO der Vielfalt schwerpunktmäßig nicht um Aufatmen und Entspannung, obwohl wir das nach diesen schwierigen Monaten der akuten Corona-Krise alle brauchen. In verschiedenen Artikeln machen wir darauf aufmerksam, dass die Corona-Krise wie in einem Brennglas verschärfte soziale Ungleichheit gezeigt hat und deshalb dringender Handlungsbedarf besteht: in der Arbeitswelt, bei der Berufsausbildung, in der Schule, im Gesundheitswesen.

Im Herbst ist Bundestagswahl: Wie die Parteien mit der Ungleichheitskrise der Einwanderungsgesellschaft Deutschland umgehen wollen, muss für uns ein zentrales Kriterium sein. Auch in Dortmund der Stadt, in der wir leben – gibt es großen Handlungsbedarf „über Corona hinaus“. Die VMDO-Reihe „Unsere Stadt neu denken“ gibt hierzu wichtige Anregungen: als eine Stimme der vielen Mitbürger*innen mit Einwanderungsgeschichte, die diese Stadt mitprägen. Und noch etwas: Dass es im Winter erneut eine Corona-Welle gibt, wird von vielen Expert*innen befürchtet. Wir erwarten, dass schon jetzt Vorbereitungen getroffen werden – und wir dazu gehört werden, denn wir sind nahe bei den Menschen. Trotz alledem: Freut Euch an den Bildern der KIVI-Kinder, und: Wir wünschen Euch wunderbare Sommertage.

In diesem Sinne
Der Vorstand des VMDO

Nach Corona: Aufschwung und gute Arbeit für alle? Ein Sommermärchen

Fortsetzung von Seite 1

Systemrelevant: na und?

Der Begriff „systemrelevant“ hat in der Corona-Krise Karriere gemacht: gemeint sind diejenigen Berufe, die unverzichtbar von zentraler Bedeutung sind, damit das Gemeinwesen auch dann funktioniert, wenn es – wie in den Lockdowns – „heruntergefahren“ wird. Als „systemrelevant“ gelten z.B. Berufe im Gesundheitswesen und in der Personensorge, in der Reinigung, im Lebensmitteleinzelhandel, in der Logistik, wie z.B. Zustellung und Post, der Personenbeförderung, bei Polizei und Ordnungsdiensten sowie im Gerichtswesen. In vielen dieser Dienstleistungsbereiche ist der Anteil der Beschäftigten mit Einwanderungsgeschichte überproportional hoch. Zum Beispiel: in der Reinigung knapp 45 Prozent, in der Altenpflege 37 Prozent, bei Post und Zustellung 34 Prozent, in der Kran-

kenpflege 22 Prozent (Zahlen von 2018). Zugleich gilt: die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen sind in vielen dieser Sektoren problematisch, und: die Beschäftigten mit Einwanderungsgeschichte arbeiten häufiger zu prekären Konditionen. Durch die öffentliche Aufmerksamkeit vor allem während des ersten Lockdown und insbesondere auch durch eine klare Haltung der Gewerkschaften, ihre Forderungen und Verhandlungen ist einiges in Bewegung geraten. Aber noch viel zu wenig.

Tönnies: und die Konsequenzen?

Es hat etwas Unanständiges, dass erst die massenhaften Corona-Erkrankungen in der Fleischindustrie und auch bei den Erntehelfer*innen die dortigen Arbeits- und Lebensbedingungen insbesondere der migrantischen Saisonarbeiter*innen ins öffentliche Bewusstsein gehoben haben. Denn bekannt war dies schon vorher – und die Gewerk-

schaften und auch kirchliche Sozialverantwortliche hatten schon seit Langem auf die skandalösen Verhältnisse aufmerksam gemacht. Das Verbot der Werkverträge und der Leiharbeit in der Fleischindustrie sind wichtige Schritte. Bei der Saisonarbeit in der Landwirtschaft, vor allem bei der Spargel- und Erdbeerernte, sind vorübergehend osteuropäische Arbeiter*innen beschäftigt. Auch hier gilt: die gesetzlichen Rahmenbedingungen sind unzureichend, die Löhne niedrig und ein auskömmliches Einkommen nur durch massive Mehrarbeit zu erreichen, die Unterkünfte oft problematisch. Auch hier haben sich der DGB und die zuständige Gewerkschaft BAU klar positioniert. Die beim DGB angesiedelten „Beratungsstellen Faire Mobilität“ sind zu wichtigen Anlaufstellen geworden.

Ungleichheitskrise der Einwanderungsgesellschaft Deutschland

Die Corona-Krise zeigt es wie im

Brennglas: Dass Deutschland eine Einwanderungsgesellschaft ist, kann nicht mehr bestritten werden. Entscheidend ist nun die Frage: Welche soziale, menschliche und politische Qualität hat diese Einwanderungsgesellschaft? Wie steht es um Teilhabe? Und auch in dieser Hinsicht ist die Corona-Krise aufschlussreich: sie zeigt die Einwanderungsgesellschaft Deutschland in einer sich verschärfenden Ungleichheitskrise. Die negativen Folgen dieser sozialen Ungleichheitslagen treffen nicht nur Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte, denn soziale Benachteiligung ist eine Folge verschiedener, sich gegenseitig verstärkender Umstände. Aber: Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte trifft es besonders häufig. Struktureller und alltäglicher Rassismus spielen dabei eine mitverursachende Rolle.

ECHO

Positionierung des BV NeMO anlässlich der Bundestagswahl 2021

2021: Ein besonderes Jahr

Die Bundestagswahl 2021 findet in einem besonderen Jahr statt, denn die Corona-Krise bedeutet einen tiefen Einschnitt für unsere Gesellschaft. Unsere Befürchtungen waren nur allzu berechtigt. Die soziale Schieflage nimmt zu, dies gilt insbesondere für Migrierende und Geflüchtete. Neben den gesundheitlichen sind verstärkt die sozialkulturellen Benachteiligungen zu kompensieren. Im Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen (BV NeMO) sind 22 lokale Verbände mit insgesamt über 800 Mitgliedsvereinen zusammengeschlossen. Gleichgültig, was ihre Herkunft, ihre besondere Geschichte und Kultur ist: Sie eint ihr Engagement vor Ort. Nahe bei den Menschen: von hier aus haben unsere **Wahlprüfsteine** ihre Begründung. Gute Politik in einer demokratischen Gesellschaft muss dort, wo die Menschen leben, erfahrbar sein.

Gute Bildung für alle: Jetzt besonders dringlich

Die Corona-Krise bringt die Gefahr erheblicher Bildungsbenachteiligungen mit sich. Davon sind Kinder von Migrant*innen und Geflüchteten überproportional stark betroffen. Corona-Nachhilfe im üblichen Sinne ist kein ausreichender Ansatz.

Was tun?

- Das Programm „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ kurzfristig und viel stärker auf die Förderung von Lernfreude und Motivation orientieren.
- Bedarfsorientiert herangehen. Migrant*innenorganisationen sind dabei als Partner unverzichtbar.
- Zukunftsorientierte Bildungspolitik braucht eine enge Zusammenarbeit von Ländern, Kommunen und Bund. Deshalb gehört auch die **Qualität von Schulen** zu unseren Wahlprüfsteinen. Schulen dürfen keine „Lernmaschinen“ sein. Eltern mit Migrations- oder Fluchtgeschichte müssen einbezogen werden.
- Das Erlernen der deutschen Sprache, die Pflege der Muttersprache und die Förderung von Mehrsprachigkeit dürfen

nicht gegeneinander ausgespielt werden.

- Schulbesuch und Kindertagesbetreuung für alle Kinder und Jugendlichen unabhängig vom Aufenthaltsstatus ermöglichen.
- Mehrsprachigkeit als eine Ressource anerkennen und gezielt fördern.
- Kostenlose Sprachkurse unmittelbar nach der Ankunft. Integrationskurse für alle Geflüchteten – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus oder Bleibeperspektive.
- Erwachsenenbildung für Migrant*innen und Geflüchtete muss unter Beteiligung von Migrant*innenorganisationen neu konzipiert werden.

Für eine humane Asylpolitik

Die Werte einer Einwanderungsgesellschaft zeigen sich in besonderer Weise in ihrem Umgang mit Schutzsuchenden. Die Verhältnisse an den Außengrenzen der EU sind menschenverachtend und skandalös. Deutschland ist mitverantwortlich. Die Arbeit mit Geflüchteten ist und bleibt eine lokal-kommunale Daueraufgabe und muss entsprechend gesichert sein.

Was tun?

- Verbindliche und einklagbare soziale Standards für die Unterbringung einführen und die Unterbringung in Wohnungen statt in Massenunterkünften forcieren.
- Mehrsprachige Information in Hinblick der Corona-Schutzmaßnahmen.
- Nach dem Vorbild von „Sicheren Häfen“ Menschen auf der Flucht aufnehmen.
- Eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive für Menschen ohne deutschen Pass.
- Das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz abschaffen!
- Zugang zur Gesundheitsversorgung und qualifizierten Dolmetscher*innen-Diensten.
- Kostenlose Rechtsberatung für Schutzsuchende insbesondere unter Beteiligung von Migrant*innenorganisationen.
- Eine Revision der bisherigen europäischen Abschiebepolitik unter beratender Einbeziehung

von Migrant*innen- und Menschenrechtsorganisationen.

- Abschaffung aller sozialen Duldungsstatus-Einschränkungen.

Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung

Rassismus ist tief in unserer Gesellschaft verankert. Demgegenüber: das Anti-Rassismus-Programm der Bundesregierung ist bisher vor allem bedrucktes Papier.

Was tun?

Ein bundesweites **Sofortprogramm** ist gegen institutionellen und Alltagsrassismus dringend erforderlich; unter aktiver Mitwirkung von Migrant*innen-Organisationen „auf Augenhöhe“. Dieses **Sofortprogramm** muss u. a. folgende Themenbereiche beinhalten:

- Flächendeckender Ausbau von Antidiskriminierungs- bzw. Antirassismusstellen
- Verabschiedung von Antidiskriminierungsgesetzen in allen Bundesländern
- Förderung und Stärkung von Antirassismusstellen auf der Landes- und Bundesebene mit Beteiligung von Migrant*innen-Organisationen als Träger
- Eine bundesweite Aufklärungskampagne zu Rassismus
- Verbindliche Begleitforschung zu Good-Practice-Lösungen
- Verankerung nicht-rassistischer Verfahren in allen Regelstrukturen als Qualitätskriterien
- Förderung von geschützten Begegnungsräumen für Betroffene
- Stärkung vorhandener Opfer-schutzorganisationen
- Etablierung eines mehrsprachigen „Rassismus-Beschwerde-Portals“
- Rassismuskritische Bildung und Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte.

Teilhabe: mit guter Arbeit

Leiharbeit, befristete Arbeitsverhältnisse, Niedriglohn, Werkverträge und Minijobs prägen immer mehr die Arbeitslandschaft. Davon sind Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte überproportional betroffen.

Was tun?

- Ein flächendeckendes Konzept für die Öffnung öffentlicher Institutionen für Beschäftigte mit

Migrations- oder Fluchtgeschichte durch Quoten entsprechend ihres Anteils an der Bevölkerung.

- Umwandlung prekärer Beschäftigungsverhältnisse in tarifvertraglich gesicherte.
- Aufwertung der Arbeit in Branchen mit besonders hohen Anteilen von Arbeitnehmer*innen mit Einwanderungsgeschichte.
- Flächendeckende spezielle Maßnahmen für benachteiligte junge Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte.
- Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse.
- Aufhebung des Arbeitsverbots für Asylsuchende in den ersten drei Monaten.

Gleiche politische Rechte für alle

Über elf Millionen Menschen in Deutschland sind nicht eingebürgert. Es ist ein Demokratiedefizit. Wir fordern die volle rechtliche Gleichstellung nicht zuletzt durch erleichterte Einbürgerung und das Wahlrecht für alle, die hier dauerhaft leben.

Was tun?

- Die Voraussetzungen für die Einbürgerung vereinfachen und Gebühren abschaffen.
- Doppel- und Mehrfachstaatsangehörigkeiten erleichtern.
- Das Wahlrecht für alle, die hier dauerhaft leben, zunächst auf der kommunalen Ebene einzuführen.

Masterplan „Über Corona hinaus“

Der vom BV NeMO aufgeführte bundesweite Aktionstag „Wir Migrant*innen schlagen Alarm! Corona-Krise macht ungleicher!“ am 26. Februar 2021 löste ein großes Echo aus. Die Folgen der Pandemie sind nicht nur wirtschaftlicher, sondern auch sozialkultureller Natur – entsprechend sind Kompensationsprogramme breit aufzustellen. Gerade jetzt, im Wahljahr 2021, gilt: Vermeidung sozialer Ungleichheit, Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung sowie die Stärkung der Teilhabe sind Notwendigkeiten **über den Tag hinaus**. Deshalb fordern wir von der Bundesregierung einen **Masterplan: Solidarisch aus der Corona-Krise. In Bund, Land und Kommune mit Migrant*innen-Organisationen.**



Fotos für die Pressefreiheit 2021

Unabhängiger Fotojournalismus und unabhängige Berichterstattung sind von fundamentaler Bedeutung für unsere Freiheit. Reporter ohne Grenzen setzt sich für Informationsfreiheit ein, hilft verfolgten Journalistinnen und Journalisten, übernimmt Anwaltskosten und ersetzt zerstörte Ausrüstung. Helfen Sie uns zu helfen und be-

stellen Sie das neue Fotobuch: reporter-ohne-grenzen.de/shop Im September 2020 wurde die Zeltstadt von Moria auf der griechischen Insel Lesbos durch ein Großfeuer zerstört. Louisa Gouliamaki hat das Schicksal von Flüchtlingen fotografisch begleitet, die obdachlos auf den Straßen Athens landeten. © Louisa Gouliamaki/ AFP/ Getty Images

IMPRESSUM

Herausgeber: VMDO e.V.
(Mitglied im Paritätischen)

DER PARITÄTISCHE

„ECHO“ wird unterstützt von:

Kommunales Integrationszentrum Dortmund

Beuthstraße 21, 44147 Dortmund
Tel.: +49 231 / 28678241
Fax: +49 231 / 28678166

eMail: info@echo-vielfalt.de
http://www.echo-vielfalt.de
Amtsgericht Dortmund VR 6233

Gesamtleitung: Dr. Ümit Koşan.
Herausgegeben Vorstand des VMDO e.V..

Redaktion: Dr. Ümit Koşan,
Prof. Dr. Angela Paul-Kohlhoff,

Vedat Akkaya, Hansgeorg Schmidt

Layout, Design: J.A.

Anzeigenservice: Vedat Akkaya,
Hansgeorg Schmidt
anzeige@echo-vielfalt.de

Vertrieb: Eigenvertrieb
Auflage: 5.000
Druck: Lensing Druck, Dortmund

Alle Rechte vorbehalten. Die von uns gesetzten, gestalteten und veröffentlichten Texte, grafische Darstellungen und Fotos dürfen nur mit ausdrücklicher Zustimmung der Redaktion reproduziert und nachgedruckt werden. Für die Inhalte öffentlicher Texte von Dritten übernehmen wir keine Haftung.

Folgen der Pandemie: Geflüchtete Frauen besonders stark betroffen

In der Berichterstattung, ob in den Medien oder in der Politik, in der Beratungslandschaft oder in der Wissenschaft, wurde Alarm geschlagen, hinsichtlich der Konsequenzen der Corona-Pandemie für die Teilhabe und Gleichberechtigung von Frauen jeglicher Herkunft.

Insbesondere ist dabei die Mehrfachbelastung und Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsmarktsituation, durch Benachteiligung, u.a. von zugewanderten (BiPoC) Frauen in der Pandemie deutlich geworden.

Dies unterstreicht auch das „working paper“ vom 02/2021 der IQ Fachstelle Einwanderung unter dem Titel: „Auswirkungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie auf die Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Frauen“.

Darin werden folgende Ergebnisse aufgeführt, die die Untersuchung ergeben hat:

- Die Corona-Pandemie und die damit einhergehenden Eindämmungsmaßnahmen wirken sich besonders stark auf die Arbeitsmarktchancen von Neuzugewanderten aus. Negative Auswirkungen sind hierbei sowohl auf ihre langfristigen Beschäftigungsaussichten als auch auf den gesamten Integrationsprozess zu erwarten.
- Auch der positive Trend der Arbeitsmarktintegration von Ge-

flüchteten wurde unterbrochen: Zum einen haben deutlich mehr Menschen aus Asylherkunftsländern ihre Arbeit verloren. Zum anderen wurde auch der Sprachbeziehungsweise Bildungserwerb unterbrochen oder verlangsamt.

- Frauen mit Fluchterfahrung scheinen besonders stark von den negativen Folgen betroffen zu sein.

- Geflüchtete Frauen arbeiten stärker als andere Zuwanderergruppen im Helferbereich, in manuellen und interaktiven Nicht-Routinetätigkeiten, die in der aktuellen Situation besonders von Beschäftigungsabbau betroffen sind. Gleichzeitig arbeiten sie häufiger in atypischen oder prekären Arbeitsverhältnissen und tragen bezüglich Hausarbeit und Kinderbetreuung die höhere Last.

- Geflüchtete Frauen sind auch besonders stark von dem Abbruch oder Verlangsamung des Sprach- und Bildungserwerbs betroffen, da sie gerade in der jüngeren Vergangenheit ihre Anstrengungen in diesem Bereich erheblich verstärkt hatten.

- Eine potenzielle Herausforderung der Corona-Krise kann zudem die Aufrechterhaltung der Motivation bei geflüchteten Frauen sein, die generell einen langen Weg durch Asylverfahren, Spracherwerb sowie Bildungsinvestitionen hin zu einer erfolgreichen



Arbeitsmarktintegration durchlaufen müssen. Durch den ersten und nunmehr weiteren Lockdown wurde dieser Prozess de facto unterbrochen.

- Es ist zu beachten, dass die Schere im Hinblick auf Integrationsfortschritte zwischen den Geschlechtern zukünftig noch weiter auseinander gehen wird. Da geflüchtete Frauen meist über schwächere soziale Netzwerke in der Mehrheitsgesellschaft verfügen, könnte es sie im Hinblick auf die Integration in den Arbeits-

markt und die Gesellschaft zu einer der größten Verlierergruppen der aktuellen Krise machen.

Die Ergebnisse des working papers machen deutlich, dass schneller, nachhaltiger und langfristiger Handlungsbedarf für das Auffangen der Mißstände, in Bezug auf zugewanderte (BiPoC) Frauen die durch die Corona Pandemie größtenteils verschlechtert wurde, besteht.

Zu sehr ähnlichen Ergebnissen gelangen auch die Mitarbeiterinnen der Projekte „Sofie- Stärkung

und Orientierung von Frauen in Integration und Erwerbsleben“ und „Samo.Fa- Stärkung der Aktiven aus Migrantenorganisationen in der Flüchtlingsarbeit“, „House of Resources“ und die Regionale Flüchtlingsberatung, sind Beratungsangebote vom VMDO e.V. . Damit das „Ankommen“ von zugewanderten BiPoC-Frauen ,trotz der noch andauernden Corona-Pandemie und vor allem in der Zeit danach, gelingen kann, sollten Politik, Wissenschaft, Migrant*innen-Organisationen und allen voran

BIPOC

BIPOC (Black, Indigenous and People of Color) sind Begriffe aus dem anglo-amerikanischen Raum und beschreiben jene Individuen und Gruppen, die vielfältigen Formen von Rassismus ausgesetzt sind und die die „gemeinsame, in vielen Variationen auftretende und ungleich erlebte Erfahrung teilen, aufgrund körperlicher und kultureller Fremdzuschreibungen der weißen Mehrheitsgesellschaft als ‚anders‘ und ‚unzugehörig‘ definiert zu werden.

die zugewanderten Frauen selbstbestimmt und gleichberechtigt gemeinsam an Lösungs- und Handlungsplänen arbeiten.

Nur unter der Einbeziehung von zugewanderten BiPoC-Frauen und somit nah an ihren Lebensrealitäten und ihren Bedarfen, kann begonnen werden Nachteile im Hinblick auf Integrationsfortschritte zwischen den Geschlechtern nicht noch weiter zu vergrößern, sondern zu verringern.

Gerne können bei Interesse an diesen Themen, Anmerkungen, Vorschläge und sonstige Anliegen dazu per Email an: info@vmdo.de gesendet werden.

Blieben Sie alle gesund!

ECHO

Internationale Woche: Im Haus der Vielfalt um die Welt



Auftritt des M.C.N.S. Musicproject

Foto: VMDO e. V.

Vom 19. Juni bis zum 27. Juni hat dieses Jahr die Internationale Woche der Stadt Dortmund stattgefunden. Die Internationale Woche steht für die Weltoffenheit und Vielfaltigkeit der Stadt. Sie soll Gelegenheit dazu geben mehr über unterschiedliche Kulturen und Bräuche zu erfahren und diese kennenzulernen. Neben vielen verschiedenen Programmpunkten und Veranstaltungen hat auch der VMDO am 20. Juni ein dreistündiges Programm dazu beigetragen. Unter dem Namen „Im Haus der Vielfalt um die Welt“ fand im Haus der Vielfalt eine interkulturelle Veranstaltung mit 10 überraschenden Auftritten statt, welche live für die Zuschauer gestreamt wurden. Es wurde getanzt, musiziert, gesungen, gebas-

telt und vorgetragen und so ein vielfältiges Programm unter aktiver Mithilfe der Mitgliedsvereine des VMDO gestaltet. Nach einer kurzen Begrüßung des Vorstands, folgte direkt das bunte Programm aus Kurdischen und Pontischen Gesängen des Infrado e.V., Hevi e.V., und Xeniteas e.V., Lesungen bekannter Märchen sowie Folkloretänzen der Palästinensischen Gemeinde zu Dortmund e.V., Interkulturelle Instrumentalmusik von Yakev e.V., Nojoun Dortmund und dem BIAFRA Kultur Verein in Dortmund, sowie interaktive Basteleinheiten und Falun Dafa Übungen der Falun Dafa Gruppe Dortmund e.V.. Auch die Breakdance Gruppe M&Ms und die Bulgarische Sonntagsschule „SV.KIRIL I METODY“ mit einem anschaulichen Vortrag, haben dazu beigetragen, dass für jeden Zuschauer etwas Unterhaltsames dabei war. Trotz der erschwerten Umstände durch Corona, wurde der Beitrag des VMDO zur 13. Internationalen Woche gut (virtuell) besucht und wurde durch die gute Zusammenarbeit aller Mitwirkenden zum vollen Erfolg.

Wir in Dortmund für Vielfalt und gegen Antisemitismus

21 Dortmunderinnen und Dortmunder aus unterschiedlichen Bereichen des öffentlichen Lebens und NRW-Innenminister Herbert Reul beteiligen sich an einer Kampagne der Dortmunder Polizei gegen Antisemitismus jedweder Form. Denn es gibt jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger, die aus Angst vor Übergriffen ihren Glauben und damit einen Teil ihrer Identität verstecken – und das im Jahr 2021.

Polizeipräsident Gregor Lange: „Wir haben enge Kontakte zur jüdischen Gemeinde hier in Dortmund. Wenn ich höre, dass diese Bürgerinnen und Bürger sich unsicher fühlen, und wenn ich lese, dass es Jüdinnen und Juden gibt, die darüber nachdenken, Deutschland zu verlassen, dann erschüttert mich das zutiefst. Wir müssen deshalb in Familien, in Betrieben, in Schulen, in Gemeinden, in Vereinen und anderen Institutionen unmissverständlich darüber informieren und diskutieren, dass jüdisches Leben nicht nur Religionsfreiheit und religiöse Vielfalt bedeutet, sondern in Deutschland selbstverständlich ist.“

NRW-Innenminister Herbert Reul sagt: „Null Toleranz bei Rassismus. Die Polizei in NRW schützt jüdisches Leben und verfolgt antisemitische Straftaten konsequent und mit allen Mitteln des Rechtsstaates.“

Unter dem Titel „Wir in Dortmund – für Vielfalt und gegen Antisemitismus“ gaben die 21 Dortmunderinnen und Dortmunder Wortbeiträge aus eigener Perspektive ab. Für die Kampagne nutzte das Polizeipräsidium Dortmund Facebook, Instagram und Twitter. Unterstützer sind

- BVB-Profi-Handballerin Alina Grijseels
- Jugendring-Vorsitzende Sophie Niehaus
- Myriam Büchel, Botschafterin der Erinnerung
- Lucas Richter, Botschafter der Erinnerung
- Propst Andreas Coersmeier,



- katholische Stadtkirche
- Kabarettist Bruno Knust
- Deniz Greschner, Sprecherin Forum der Migranten im Parität. Gesamtverband
- DGB-Vorsitzende Jutta Reiter
- Mathias Scherff, Chefredakteur Radio 91.2
- Friedrich Stiller, Referat für gesellschaftl. Verantwortung, ev. Kirchenkreis Dortmund
- Oliver Volmerich, Redakteur Ruhr Nachrichten
- Kenan Küçük, Geschäftsführer Multikulturelles Forum
- Hans-Joachim Watzke, Geschäftsführer Borussia Dortmund
- Oberbürgermeister Thomas Westphal
- Dr. Ümit Kosan, Verbund der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund
- Naciye Kamçili-Yildiz, Vorsitzende der neuen Islamischen Akademie NRW
- Heike Bettermann, Vorsitzende Geschäftsführung Agentur für Arbeit Dortmund
- Zwi Rappoport, Vorstandsmitglied Jüdische Gemeinde Dortmund
- Leonid Chraga, Geschäftsführer Jüdische Gemeinde Dortmund

- Elisa Lubarov, Jüdische Gemeinde Dortmund
- Maxim Kolbasner, Jüdische Gemeinde Dortmund

Die Unterstützerinnen und Unterstützer richten aus unterschiedlichen Perspektiven heraus Appelle an die Stadtgesellschaft. „In der Kabine, im Trainingsanzug, in der Freizeit: Rassismus und Antisemitismus haben bei uns keinen Platz!“, sagt BVB-Profi-Handballerin Alina Grijseels. – „Mensch bleiben. Andere akzeptieren, wie sie sind. So iss dat hier“, meint der Dortmunder Kabarettist Bruno Knust. „Menschenfeindlichkeit sperrt Menschen in einen Käfig aus Vorurteilen“, stellt Myriam Büchel als Botschafterin der Erinnerung fest – sie ist überzeugt: „Vielfalt bietet Chancen, Wachstum und Schönheit.“

Zwi Rappoport vom Vorstand der Jüdischen Gemeinde in Dortmund fordert in seinem Statement einen „mit Empathie und Engagement geführten“ Kampf gegen den Antisemitismus.

Gregor Lange: „Die Dortmunder Stadtgesellschaft hat schon oft bewiesen, dass sie zusammensteht, Solidarität lebt und Gesicht

zeigt. Doch auch Antisemitismus hat viele Gesichter: Er zeigt sich in üblen Beleidigungen, ernstzunehmenden Bedrohungen, menschenverachtender Volksverhetzung, drastischer Holocaust-Leugnung und in Gewalt in einem antisemitischen Kontext. Ich erinnere an die Taten im Oktober 2019 in Halle. Ich erinnere an die jüngsten Angriffe auf Juden in Deutschland, die als Ausdruck ihrer Religiosität eine Kippa tragen. Ich erinnere an den täglich im Internet ausgelebten Hass und an Demonstrationen auf unseren Straßen, auf denen Extremisten unterschiedlichster Art antisemitischen Gedankengut verbreiten. Wir sagen: Antisemitismus, egal aus welcher Ecke er kommt, werden wir in Dortmund niemals dulden! Antisemitismus ist eine Gefahr für jüdisches Leben und damit für die gesamte Gesellschaft – egal, von welcher Seite er ausgeht.“

Im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland steht an erster Stelle: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

dortmund.polizei.nrw



Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die lohnabhängigen Menschen



In der Dortmunder-Nordstadt sind die meisten arbeitenden Menschen in der Gastronomie beschäftigt, bei Lieferdiensten, als Reinigungskräfte, Verkäufer*innen, Industriearbeiter*innen, Bus- und Bahnfahrer*innen oder Pflegekräfte. Ein Großteil von ihnen hat befristete Verträge ohne Tarifbindung. **Die Arbeitsverträge bieten keine vollen Stellen, sondern fast alle enthalten begrenzte Arbeitszeiten. Viele der Arbeitnehmer*innen müssen noch beim Jobcenter Aufstockungsgeld beantragen, auch die Tarifverträge sind unvorteilhaft, die Gewerkschaften setzen sich hier nicht genügend für die Arbeitnehmer*innen ein. (Beispiel: Die letzten TVN und NWO Tarifergebnisse).** Während der Pandemie sollte es keine Kündigungen geben, doch die Beschäftigten haben immer wieder das Gegenteil erlebt: viele wurden entlassen. Bei der Produktion wurden die geplanten Maßnahmen wie Abstand und Maskenpflicht von den Chefs nicht durchgesetzt. Die Bewohner*innen der Nordstadt haben in der Regel keine Rücklagen oder Vermögen. Sie sind darauf angewiesen, dass am Ende des Monats noch genug Geld zum Leben übrig bleibt. Fast 50% der Arbeitenden haben keinerlei Ersparnisse, obwohl die Wirtschaft in Deutschland gewachsen ist. Wenn die Menschen arbeitslos werden, vor allem während der Corona Pandemie, haben sie kein Geld, um die Miete oder für die Bildung ihrer Kinder zu zahlen. In vielen Fällen werden sie

sofort vom Vermieter mit der Kündigung bedroht. Die Wohnbedingungen der Menschen in der Nordstadt sind schon lange prekär und die Wohnungssuche erweist sich als schwierig. Wer auf Hartz IV angewiesen ist, lebt direkt in Armut und kann nicht gänzlich über das eigene Leben entscheiden. Besser gesagt, man kann nicht für die eigene Zukunft planen und es kommen kaum berufliche Perspektiven in Frage. Es ändert sich auch nicht, wenn Vollzeit gearbeitet, jedoch schlecht bezahlt wird, sodass z.B. immer noch staatliche Unterstützung benötigt wird. All dies spiegelt sich in der enormen sozialen Ungleichheit in Dortmund wider. Die Schere zwischen arm und reich wird größer und das deutschlandweit. Ungleichheit heißt, dass die unterbezahlten Arbeiter*innen keine Möglichkeiten haben, sich etwas aufzubauen. Im Alter reicht schließlich auch die Rente nicht. Im Niedriglohnsektor arbeiten fast ausschließlich Frauen und Migrant*innen. Schon drei Monate Arbeitslosigkeit können zu existenzieller Not, Verlust der Wohnung und seelischen oder körperlichen Erkrankungen führen. Die Schulden, die sie bereits haben, vervielfachen sich in kürzester Zeit. Zu den Schulden, die sie haben, kommen gegebenenfalls noch Kosten für Rechtsanwälte und Gerichtsprozesse dazu. Viele der Bewohner*innen benötigen heutzutage Aufklärung darüber, wie wichtig eine Impfung gegen das Coronavirus ist. Viele Menschen ha-

ben Bedenken gegen den Impfstoff, da die Nebenwirkungen nicht ganz ermittelt wurden. Nicht wenige Kritiker*innen verharmlosen auch den Coronavirus und missachten jegliche Maßnahmen. Es gibt aber auch legitime Kritik aus einer anderen Perspektive, z.B. die Kritik an der Einschränkung der Freiheitsrechte, am Patentrecht und dem Gesundheitssystem. In der Autoindustrie werden innerhalb von zwei Minuten Autos fertiggestellt, während die Firmen bei der Impfstoffherstellung große Probleme haben. Während in reicheren Ländern und Kontinenten ein beachtlicher Teil der Bevölkerung geimpft ist, ist in armen Ländern und Kontinenten wie Afrika kaum Impfstoff vorhanden. Deshalb ist es für uns wichtig, auch in Zeiten von Corona nicht den Kopf in den Sand zu stecken, bis es alles wieder gut und vorbei ist. Vielmehr ist jetzt die Zeit uns zu unterstützen, uns zu organisieren und alle Möglichkeiten der politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten zu nutzen und mitzuwirken. Wir müssen uns zusammenschließen.

Karanfil e.V.



Projekt "Wir schreiben Teilhabe" beim VKII in Dortmund



Trotz Corona schreiben wir Teilhabe: Schreiben, Coden, Layouten, Podcasten und noch einiges mehr werden im dreijährigen Projekt "Wir schreiben Teilhabe!" für junge Erwachsene angeboten. Im Februar sind wir gestartet. Dabei handelt es sich

konkret um die Realisierung eines Blogs, welcher in Form von verschiedenen Workshops angeboten wird. Träger des Projekts ist der (VKII) Verein kamerunischer Ingenieur*innen und Informatiker*innen, der vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gefördert wird.

Im Rahmen des Projekts wird es intensive Schreibworkshops mit Karosh Taha (Schriftstellerin), Bernice Lysania Akoula Ekoula (Spoken Word Artist) und Olga Felker (Journalistin) geben. Das Schreiben für den Blog ist jedoch nicht genug, so werden

Workshops und Basiswissen von Wordpress und HTML/CSS, Podcasten sowie Typographie und Layouten vermittelt. Zudem werden die Teilnehmer*innen mit Grundlagenseminaren bei der thematischen Suche begleitet, wie z. B. in Sachen Sozialen Medien, der deutschen/Dortmunder Medienlandschaft oder dem Erkennen von Fake News.

Seit dem 1.Juni befinden wir uns am Emil-Moog Platz 7, 44137 Dortmund.

Seid gespannt. Wir freuen uns mit euch ins Schreiben zu kommen. Weitere Informationen zu Anmeldung unter:

c.lartey@vkii-ruhrbezirk.de

Prekäre Wohn- und Arbeitsverhältnisse: Gegen Benachteiligung gibt es keine Impfung!

In Pandemiezeiten verschärft sich die Situation von EU-Neuzugewanderten aus Bulgarien und Rumänien noch einmal zusätzlich. Ein Bericht aus der Beratungsarbeit des Planerladen e.V.

Schon vor der Corona-Pandemie waren die Arbeits- und Wohnbedingungen der Hauptklientel des Planerladen e.V. nicht rosig: Sie sind seit Jahren leichte Beute für manche Vermieter*innen oder Arbeitgeber*innen, die auf die Unwissenheit und die Ängste der Neuzugewanderten setzen und sie schamlos zu ihrem eigenen Vorteil ausnutzen.

Gamze Çalışkan von der Migrationsberatung für Erwachsene Zugewanderte berichtet: „Die Pandemie verschärft viele Problemlagen noch weiter. Nicht wenige Arbeitgeber*innen machen sich ihre ausweglose Situation zunutze, da sie genau wissen, dass sie sich nicht zur Wehr setzen, weil ihnen die Mittel fehlen und sie Angst haben, ihre Existenzgrundlage zu verlieren.“ Sie drohen ihren Arbeiter*innen damit, sie fristlos zu entlassen, wenn sie die prekären Arbeitsbedingungen nicht erdulden und angemessenen Lohn fordern. Oft liegt ihre Bezahlung unter dem gesetzlichen Mindestlohn. Dabei ist den Arbeitgeber*innen bewusst, dass ihre Angestellten bei einer fristlosen Kündigung den Leistungsanspruch verlieren, weil dadurch die Arbeitnehmerfreizügigkeit nicht mehr gegeben ist. Und selbst wenn eine Fortzahlung der Leistungen für 6 Monate nach einem Arbeitsplatzverlust zustand, für den ist es seit Pandemiebeginn quasi unmöglich, einen neuen Job zu finden.

Arbeitsplatzverlust und Kurzarbeit haben bei einigen Klient*innen zu Zahlungsschwierigkeiten geführt. Zahlt das Jobcenter nicht mehr, entstehen Mietrückstände“, erzählt Gamze Çalışkan von der Migrationsberatung für Erwachsene Zugewanderte. Der von der Bundesregierung erlassene Kündigungsschutz aufgrund von Mietrückständen wurde nur bis Juni 2020 gewährt. So kam es bei einzelnen Klient*innen zu Kündigungen. Çalışkan ergänzt: „Sobald wir von solchen Fällen gehört haben, haben wir zu den Vermieter*innen Kontakt aufgenommen und mit ihnen gemeinsam nach Lösungen gesucht.“



Beim Planerladen werden Neuzugewanderte auch in Pandemiezeiten weiter beraten.

Foto: Planerladen e.V.

Aber es gibt auch drastische Fälle. Davon berichtet Hasan Kamalak vom GIVE-Projekt: „Manche Vermieter*innen vertreiben Menschen sogar mit körperlicher Gewalt aus ihren Wohnungen. Auch kommt es vor, dass das Hab und Gut von Mieter*innen kurzerhand auf die Straße gestellt wird und gleichzeitig die Schlösser getauscht werden.“

Prekäre Wohnverhältnisse sind immer belastend. Doch in Pandemiezeiten bedeuten zu kleine Wohnung und vor allem die Unterbrechung von Strom-, Gas- oder Wasserversorgung konkrete gesundheitliche Risiken. Eine ordnungsgemäße Quarantäne oder ausreichende Hygienemaßnahmen werden erschwert oder sind schlicht nicht möglich. „Daher war der Schritt des Sozialdezernats, das Haus Syburg nicht nur für wohnungslose Personen zu öffnen, sondern auch Menschen aus der Nordstadt dort zeitweise Wohnraum zur Verfügung zu stellen, sehr wichtig“, unterstreicht Tülin Kabis-Staubach vom Vorstand des Planerladen e.V.

Bei den Mitarbeitenden der landesgeförderten Servicestelle für Antidiskriminierungsarbeit haben sich seit Pandemiebeginn Meldungen aus dem nachbarschaftlichen Bereich gehäuft. Im Antidiskriminierungsbüro werden Menschen beraten, die aufgrund ihrer Herkunft oder Religion auf dem Wohnungsmarkt diskrimi-

niert werden. „Die pandemiebedingten Veränderungen des alltäglichen Lebens wie vermehrtes Homeoffice zusammen mit Homeschooling, aber auch Ausgangssperren und das stark reduzierte Freizeitangebot haben zu ganz neuen Belastungen geführt, die auch Auswirkungen auf das nachbarschaftliche Zusammenleben haben können. Konflikte wiederum können sich ethnisch aufladen oder auch zu rassistischen Diskriminierungen führen“, berichtet Regina Hermanns von der Servicestelle.

Die beschriebenen Zusammenhänge zeigen deutlich, dass die Corona-Pandemie bei weitem nicht nur eine gesundheitliche, sondern vor allem auch eine soziale Herausforderung ist und auch noch länger sein wird. Denn gegen die oft prekäre Situation auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt, gegen das Zurückbleiben in der Schule, gegen den Verlust sozialer Kontakte, gibt es keine Impfung.

Planerladen e.V.



Die Inzidenzen gehen zurück, unsere Sorgen nicht

Fortsetzung von Seite 1

• **Arbeit.** Die bisher global wenig dramatischen Zahlen verdecken den Jobverlust vor allem prekär Beschäftigter, die finanziellen Einbußen in Branchen, die vom Lockdown betroffen waren, die Dauerüberlastung anderer und die besonders skandalöse Lage von Saison- und Wanderarbeiter*innen. Überall dort finden sich in großer Zahl Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte. „Flickschusterei“ ist nicht ausreichend. Gute Arbeit ist wichtig für die Menschen und eine zentrale Zukunftsfrage der Gesellschaft.

• **Rassismus.** Rassismus ist tief in unserer Gesellschaft veran-

kert. Jede Krise – wie auch jetzt die Corona-Krise – aktualisiert ihn. Demgegenüber ist das Antirassismus-Programm der Bundesregierung bisher nichts anderes als bedrucktes Papier.

• **Geflüchtete** sind besonders verletzlich. Sie brauchen vor Ort und in der Gesellschaft insgesamt eine zugewandte Aufnahme, ein gutes Ankommen und eine unterstützende Begleitung auf ihrem langen und schwierigen Weg in den neuen Alltag. Jeden Tag kommen neue Menschen auf der Flucht zu uns. Und dies wird so bleiben. Geflüchtetenarbeit ist deshalb eine lokal-kommunale Daueraufgabe.

Unser Fazit

Die Einwanderungsgesellschaft muss bewusst gestaltet werden. Das geht nicht ohne Migrant*innenorganisationen als Ansprechpartner*innen auf Augenhöhe. Es geht auch nicht ohne die breite Beteiligung von Menschen mit Einwanderungs- und Fluchtgeschichte. Deutschland steht im Sommer des Wahljahres 2021 an einer kritischen Wegmarke: Wie weiter mit der Einwanderungsgesellschaft? Das ist die Zukunftsperspektive, über die heute mitentschieden wird. Kurzfristig und dringlich bleibt für uns: Wir fordern einen Masterplan, der hilft, in Bund, Ländern und Kommunen solidarisch aus der Corona-Krise rauszukommen.

BV NeMO

Neue Wege im Austausch von Polizei und Migrant*innen

VMDO und Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen bringen Polizei-Studierende und Migrantenvereine im digitalen Format der interkulturellen Bildung zusammen

Was sind eigentlich die genauen Aufgaben von Migrantenvereinen? Wo können Polizei und Migrantenvereine miteinander kooperieren? Kann die Zusammenarbeit von Polizei und Migrantenvereinen dazu beitragen, Vorurteile zwischen beiden Seiten abzubauen?

Diese und zahlreiche weitere Fragen diskutierten angehende Polizeibeamt*innen und Vertreter*innen von Migrantenvereinen im Rahmen eines halbtägigen digitalen Workshops. Vorbereitet und durchgeführt wurde der Workshop unter der Leitung von Dr. Sarah Jahn (Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein-Westfalen HSPV NRW) und Dr. Kirsten Hoesch (VMDO) im Rahmen des Seminars „Migrantenvereine als Partner der kommunalen Polizeiarbeit“.

Ziel der Veranstaltung war es, die jungen Polizeianwärter*innen in einen persönlichen Austausch mit Migrantenorganisationen zu bringen. Der Themenkomplex Polizei – Migrant*innen – Rassismus taucht regelmäßig in der öffentlichen Debatte auf, oft verbunden mit starken Emotionen und Reflexen bei allen Beteiligten. Jenseits dieser oft einseitigen Debatte finden jedoch bereits zahlreiche Kooperationen zwischen Polizei und Migrantenvereinen statt, insbesondere im Bereich Prävention von Jugendkriminalität und Extremismus.

„Der Fokus der Polizei ist aus unserer Sicht oft auf Extremismusprävention und muslimische Organisationen beschränkt. Wir möchten gezielt den Blickwinkel auf die vielfältigen



Dr. Kirsten Hoesch und Dr. Sarah Jahn

Foto: J. Abolnikov

Aktivitäten von Migrantenorganisationen erweitern“, sagt Dr. Kirsten Hoesch, VMDO. „Zu den wichtigsten Aufgabenfeldern von Migrantenvereinen gehören interkultureller Austausch und Dialog, Kinder- und Jugendarbeit, eine breite Palette von Angeboten in den Bereichen Bildung und soziale Dienstleistungen u.v.m. Religion stellt nur einen kleinen Bereich dar, der VMDO und seine über 60 Mitgliedsvereine beispielweise sind säkular.“

„Genau diese weite Perspektive auf Kultur und Migration ist mir in der interkulturellen Bildung besonders wichtig“, sagt Dr. Sarah Jahn, von der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW. „Nicht überall, wo Religion vermutet wird, ist auch Religion drin. Jugendliche

wenden sich aus unterschiedlichen Gründen extremistischen Strömungen zu. Eine religiöse Einstellung muss da kein Motiv sein.“ Jahn, führt weiter aus: „Außerdem erfahren die Studierenden durch solche Formate verschiedene Perspektiven auf die eigene Arbeit und lernen ergänzende Herangehensweisen an gesellschaftliche

Probleme kennen. Migrantenorganisationen haben einen anderen Blick und unterschiedliche Kontaktmöglichkeiten zu Menschen mit Migrationshintergrund.

Neben den konkreten Beispielen der Aktivitäten von Migrantenvereinen u.a. in der Flüchtlingsarbeit, Bildungs- und Arbeitsmarktintegration, berichteten Teilnehmende auch über individuelle Erfahrungen, z.B. wie es sich anfühlt als Schwarzer regelmäßig von der Polizei kontrolliert zu werden.

Die Veranstaltung ist ein gutes Beispiel dafür, wie man sich von einer anderen Seite den Herausforderungen in der gegenseitigen Wahrnehmung von Polizei und Migrant*innen nähern kann.

ECHO

VMDO und Polizei setzen auf Dialog

Ruhrnachrichten zeichnen Bild verhärteter Fronten

Stellungnahme von Dr. Kirsten Hoesch (VMDO)



Foto: J. Abolnikov

Ganz anders der Eindruck, der sich beim Lesen des Artikels der RN zu dieser Veranstaltung aufdrängt:

Unter dem Titel „Du bist schwarz. Du bist ein Drogendealer!“ muss man lange suchen, bis man Informationen zum neuen Dialog-Format findet. Ausgehend von Erfahrungen eines Teilnehmers mit ‚racial profiling‘, wird dieses Thema über den größten Teil des Textes ausgebreitet und in Form gängiger Klischees dargestellt. Wohlgedacht: Eine kritische Auseinandersetzung damit ist berechtigt und jede Erfahrung mit Racial Profiling ist ernst zu nehmen. Jedoch stellte dieses Thema nur einen kleinen Teilbereich des Workshops dar.

Selbstverständlich ist es das gute Recht eines Journalisten, die Ergebnisse seiner Recherche selbst zu bewerten und ohne Einmischung einen Text zu verfassen. Wir sind jedoch sehr erstaunt, in welcher Form Autor Kevin Kindel hier Aspekte betont und andere weglässt, mit dem Effekt, dass Bericht und Ereignis nur noch wenig miteinander zu tun haben. Gerade vor dem Hintergrund eines schwierigen Verhältnisses wäre der Nachrichtenwert hier doch gerade eine Veränderung im Umgang mit diesen Herausforderungen und eine Verflüssigung von Zuschreibungen gewesen.

Warum also dieser verzerrte Bericht? Mangelnde Informationen



können nicht der Grund sein. Herrn Kindel lag der nebenstehende Bericht in Form einer Pressemitteilung vor. Im Vorfeld fanden Gespräche statt und nach der Veranstaltung interviewte er die beiden verantwortlichen Organisatorinnen Dr. Sarah Jahn (Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW) und Dr. Kirsten Hoesch (VMDO) ausführlich, es wurde sogar explizit darauf hingewiesen, dass ‚racial profiling‘ nur einen Aspekt unter vielen darstellte. Was auch immer die Gründe waren: Die Darstellung ist irreführend und sehr problematisch. Denn es ist ja genau umgekehrt: In der Veranstaltung ging es um Dialog, der Bericht hingegen vertieft Gräben. Durch diese Form der Berichterstattung wird eine Annäherung – egal ob bewusst oder unbewusst – erschwert.

Wir würden uns eine Berichterstattung wünschen, die sich ihrer gesellschaftlichen Wirkungen in verantwortungsvoller Weise bewusst ist – und nicht mit vermeintlichen knackigen Zuspitzungen bekannte Reflexe bedient und sich zu Nutze macht.

„Kann ich als Frau ausgegrenzt werden und gleichzeitig andere Frauen ausgrenzen?“

Diskussionsveranstaltung mit Aretha Schwarzbach-Apithy

Zu dieser Frage kamen etwa 45 Frauen in der Agora des Dietrich-Keuning-Hauses zusammen, unter Einhaltung der aktuell erforderlichen Hygieneregeln. Thema der vierstündigen Diskussionsveranstaltung war einerseits die Diskriminierung von Frauen in einer patriarchalen Gesellschaft und andererseits die rassistische Diskriminierung von nicht-weißen Menschen in einer weißen (Mehrheits-)Gesellschaft.

Fachlich angeleitet wurde die Veranstaltung durch Aretha Schwarzbach-Apithy, gelernte Erzieherin und derzeit Ausbilderin von Erzieher*innen aus Berlin. Sie ist Trainerin und Mediatorin mit den Schwerpunkten Weiss.sein, Feminismus, Kolonialrassismus, Intersektionalität u.a. Dank der sensiblen Moderation durch Andrea Blome haben sich die Teilnehmerinnen rege zu Wort gemeldet und mit der Referentin debattiert. Zentrale Frage an alle Teilnehmerinnen war, sich an konkrete Situationen zu erinnern, in denen sie sich diskriminiert gefühlt und an welchen Stellen sie selbst diskriminiert haben. Ziel des Workshops war es, mit dieser Frage anzuregen, über das eigene Handeln nachzudenken und seine Wirkungen auf Andere zu beleuchten. Je mehr das eigene Handeln einer Person bekannt und bewusst ist, desto mehr Möglichkei-



Aretha Schwarzbach-Apithy (2.v.l.) mit den Veranstalterinnen

Foto: Dietrich-Keuning-Haus

ten entstehen, sich vorurteilsfreier anderen Personen zu begegnen. So bekamen die Teilnehmerinnen einen Eindruck davon, wie sehr das eigene Handeln von Erlebtem und Gelerntem gespeist wird.

Unterschiedliche Meinungen kamen bei der Frage auf, ob und inwieweit sich der Feminismus weißer Frauen sich ausreichend mit den Verstrickungen privilegierter Frauen in rassistische Strukturen auseinandergesetzt haben. Hier vertrat Frau Schwarzbach-Apithy dezidiert, dass der Feminismus eine Chance verpasst habe, sich mit der Sklaverei und der Unterstützung rassistischer Strukturen der herrschenden weißen Männer durch Frauen kritisch auseinanderzusetzen. Während diese zugespitzte Sicht auf die Historie nicht von al-

len Frauen geteilt wurde, bestand hingegen weitgehend Einigkeit darin, dass heutzutage mehr Möglichkeiten gegeben sind, schwarze Menschen mit nachhaltigen Folgen auszugrenzen als weiße. Es müsse darum gehen, hinter die diskriminierenden Strukturen zu blicken und gegen die Ausgrenzung von Menschen zu arbeiten.

Eingeladen zu dieser spannenden Diskussionsveranstaltung hatten das Gleichstellungsbüro der Stadt Dortmund, das Dortmunder Forum Frau & Wirtschaft e.V., der DGB Dortmund-Hellweg, der Evangelische Kirchenkreis Dortmund, die Volkshochschule Dortmund sowie, erstmals dabei, der VMDO, der Verband der sozial-kulturellen Migrantenvereine in Dortmund e.V.

Ursula Ammon, dffw

Mit wem in Zukunft kämpfen?

Zum 2. Mal innerhalb von drei Monaten haben wir, die tamilische Community in Deutschland, am 09. Juni eine Sammelabschiebung tamilischer Geflüchteter nach Sri Lanka nicht verhindern können. Obwohl wir massiv protestiert haben und breite Unterstützung aus den verschiedenen Ebenen der Partei „Die Linke“ erfahren haben.

Ende März waren der Großteil der Landsleute, Geflüchtete aus NRW und nur einer aus Baden-Württemberg. Diesmal, also am 09. Juni, waren es mindestens 18 aus Baden-Württemberg und 5 aus NRW, von denen wir wissen. Das bedeutet für unsere Analyse der politischen Situation: Gleich, ob das CDU/FDP-regierte NRW oder das von Grün/CDU-regierte Baden-Württemberg, die Abschiebung tamilischer Geflüchteter scheint in den großen politischen Lagern Konsens zu sein. Damit gerät die Gesamteinschätzung

der politischen Situation in Deutschland für unsere tamilische Bevölkerung, die hier und oft auch als Deutsche lebt, ins Wanken: Jahrzehntlang galten wir tamilische Geflüchtete und Migrant*innen als mustergültig integriert, mit einer hohen Identifikation mit den Werten und dem politischen System in Deutschland.

Jetzt, nach den zwei Sammelabschiebungen und einer unerschütterlichen und unnachgiebigen Haltung der politische Verantwortlichen, bekommt das Bild vor allem für die jüngere Generation Risse. Schon immer wurde die außenpolitische Position Deutschlands der generellen Unterstützung der Regierung Sri Lankas, von uns kritisch gesehen. Jetzt zeigt sich, dass auch in Menschenrechtsfragen, keine Unterstützung der etablierten Politik in Deutschland zu erwarten ist. Was also können wir selber als tamilische

Community in Deutschland tun?

Es wächst unter den jüngeren Tamil*innen in Deutschland das Bewusstsein für den Wert politischer Solidarität. Nur, wenn wir uns öffentlich politisch engagieren, können wir unser Anliegen deutlich machen und Solidarität erfahren.

So hat kürzlich eine Mitglied unserer Community an einer Solidaritätsreise für Frieden und Freiheit in Kurdistan in den Nordirak teilnehmen wollen, wurde aber an der Ausreise nach Erbil gehindert und von den Behörden verhört. Für uns alle bedeutet dies eine schrittweise Abkehr von der bedingungslosen Unterstützung Deutschlands und deutscher Politik.

Wir sind da noch am Anfang. Die Solidarität der Linken und ihrer Parteistrukturen zeigt uns aber, dass der Weg richtig ist.

TKD Dortmund

Wir fordern Antirassismusstellen in migrantischer Trägerschaft

Fortsetzung von Seite 1

• Beitragende aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft waren sich darüber einig, dass eine langfristige finanzielle Förderung, um u.a. die Unabhängigkeit der Stelle zu gewährleisten, notwendig sei.

Der Bundesverband Netzwerke von Migrantenorganisationen (NeMO) sieht die Verabschiedung eines bundesweiten Demokratiefördergesetzes nach wie vor als eine unabdingbare politische Voraussetzung und ermutigt die Politik, dieses Vorhaben in

der nächsten Legislaturperiode voranzutreiben

Denn das Jahr 2020 sowie das Jahr 2021 sind von der Corona-Pandemie geprägt. Es sind auch Jahre, in denen Menschen Rassismus und Diskriminierung in zunehmendem Maß erlebt haben und erleben. Parallel zum drastischen Anstieg rassistischer Diskriminierungen ist auch die Zahl der Beratungsanfragen dramatisch gestiegen. Frau Dr. Elizabeth Beloe, stellvertretende Vorstandsvorsitzende, forderte daher in ihrer Begrüßungsrede eine unabdingbare Etablierung einer unabhängigen Antirassismusstelle

in der Hand kommunaler migrantischer Verbände! „Nur so kann Menschen mit Rassismuserfahrungen auf kurzem Wege mehr rechtlicher Schutz gewährt und gleichzeitig Antidiskriminierungspolitik mit Antirassismuspoltik miteinander verknüpft werden.“

Eingeladene Akteur*innen aus der Zivilgesellschaft bestätigten die Tatsache, dass trotz vieler staatlicher und zivilgesellschaftlicher Antidiskriminierungstellen ein Mangel an geeigneten und flächendeckenden Beratungsangeboten für von Rassismus betroffene Personen gibt. BV NeMO

Sommerferienprogramm 2021 für den KiVi

In Kooperation mit dem CVJM, dem Heinz Werner Meyer Treff und der Stadt Dortmund findet täglich von 11 bis 16 Uhr im Zeitraum vom 2.8 bis zum 13.8 das Sommerferienprogramm unter dem Motto Märchen statt. Die Märchenerzählerin Daria Nitschke eröffnet das bunte Ferienprogramm. Ein weiteres Theaterprojekt unter dem Titel *Das Zauberferrohr*, unterstützt von dem Familienprojekt Innenstadt-West, findet ebenfalls

statt. Ein Highlight wird die Märchenolympiade im Innenhof des Hauses der Vielfalt sein. Alibaba und die 40 Räuber, Rapunzel und Tischlein deck dich werden Thema sein. Alle erwartet ein abwechslungsreiches Programm und ein buntes Abschlussfest am Freitag, 13.8.2021, mit der Uraufführung des Theaterstückes *Das Zauberferrohr*. Anmeldungen sind ab sofort täglich im KiVi bei Christán Thorn möglich.

Jahresbericht des Kinderschutz-Zentrums Dortmund 2020 erschienen



Das Kinderschutz-Zentrum Dortmund legte seinen Jahresbericht für das Jahr 2020 der Öffentlichkeit vor. Ein Schwerpunkt wurde diesmal darauf gelegt, über die Veränderungen und Einschränkungen durch Corona in den einzelnen Arbeitsbereichen zu berichten. Die vorliegenden Zahlen machen erneut deutlich, dass viele Kinder unter schwierigen Bedingungen groß werden müssen. Diese Tatsachen sind im letzten Jahr durch Corona noch verstärkt worden. Im letzten Jahr gab es 331 Neumeldungen (nur wenige mehr als im Vorjahr), insgesamt wurden 683 Beratungsfälle gezählt. Die Anmeldegründe betrafen körperliche, seelische Gewalt, Vernach-

lässigung und sexuellen Missbrauch, aber auch Auffälligkeiten der Kinder und belastende familiäre Konflikte. Im Rahmen der sog. Frühen Hilfen, der Säuglings- und Kleinkindersprechstunde waren 2019 109 Familien zur Beratung. Insgesamt sind also weniger Menschen zu uns gekommen. Das ist aber auch dadurch zustande gekommen, dass das Projekt Vort (mit immerhin zwei zusätzlichen Stellen) auslaufen ist. Die Beratungen und Therapien wurden entweder unter Hygienebedingungen persönlich, aber auch telefonisch oder als Online-Meeting durchgeführt. Durch unsere SpenderInnen war es möglich, uns dafür und für das Homeoffice schnell und gut technisch auszustatten. Wer mehr wissen will, kann auf der Homepage des Kinderschutz-Zentrums den Jahresbericht lesen: www.kinderschutzzentrum-dortmund.de ECHO

Der KiVi des VMDO e. V. erhält digitales Schulungs- und Ausrüstungspaket von Aktion Mensch e. V.

AKTION MENSCH

Mit großer Freude nehmen Felix Toker, Bereichsleiter von Kinder der Vielfalt im VMDO e. V., und Geschäftsführer Dr. Ümit Kosan die Nachricht über eine Digitalför-

derung durch die Aktion Mensch e. V. im Rahmen der Umsetzung medienpädagogischer Schulungen für MitarbeiterInnen und dem Erwerb von KitaPads und Amazon

Fire 8 Tablets für unsere BesucherInnen auf. Geplant sind neben dem Erwerb der Technik auch medienpädagogische Schulungen, die die Medienkompetenz von MitarbeiterInnen im KiVi weiter professionalisieren sollen. Ebenso werden die MitarbeiterInnen in den Kinderprogrammiersprachen Scratch (für 9 bis 13-Jährige) und Scratch JR (für 5 bis 9-Jährige) geschult. Felix Toker erklärte hierzu: „Gerade unsere Besucherinnen und Besucher erleben im alltäglichen Leben viele Benachteiligungen, gleichzeitig ist ein stark

erhöhter Medienkonsum mit modernen elektronischen Geräten aufgrund der Corona-Pandemie auch bei uns feststellbar, hier wollen wir durch die Schulungen und Angebote Impulse setzen, kritischem Medienkonsum etwas entgegenstellen und Kinder motivieren, Dinge zu lernen, die sie im späteren Leben gebrauchen können. In dieser Hinsicht ergänzen sich die medienpädagogischen Angebote und die Schulungsangebote für Scratch und Scratch JR ideal.“

KIVI

Fit statt schulmüde – auch in der Pandemie

GrünBau

Mehr als nur ein Arbeitsplatz...

Der Schulbetrieb geht Schritt für Schritt vom Coronazustand mit dem damit verbundenen Lernen auf Distanz in den Normalzustand. Doch vom Präsenzunterricht profitieren nicht alle Schülerinnen und Schüler. Deshalb bemüht sich die GrünBau gGmbH in enger Kooperation mit der dobeq GmbH verstärkt um Kinder und Jugendliche die es nicht schaffen, regelmäßig am Schulunterricht teilzunehmen.

„Mit Turnbeuteln gegen Corona“, war das Motto einer Aktion der Mitarbeiter*innen des Kontakt- und Beratungsverbundes für schulmüde und schulverweigernde Jugendliche (KuBDO) im November 2020 in Dortmund. Unter diesem Motto haben sie in der Dortmunder Innenstadt und an Treffpunkten der Jugendlichen besonders gefüllte Turnbeutel an Kinder und Jugendliche verteilt. Die Beutel waren mit Corona Infos, Masken, etc. versehen. Mit der Aktion sollten vor allem schulmüde und schulverweigernde Jugendliche angesprochen werden,

die aktiv der Schule fernblieben.

Nun findet in NRW der Schulunterricht wieder in Präsenzform statt. „Leider müssen wir davon ausgehen, dass sich die Zahl derjenigen erhöht, die durch die Länge der Dauer des Distanzunterrichts im Anschluss daran nun die Schule verweigern und nicht mehr dort ankommen“, stellt die Mitarbeiterin des KuBDO, Frau Katrin Meyersieck von der dobeq GmbH fest. „Sie hatten Schwierigkeiten damit, ihre Tagesstruktur zu behalten und sich weiterhin zu motivieren, je länger der Distanzunterricht andauerte. Hinzu kamen Probleme mit der Anwendung der digitalen Medien, welche im Distanzlernen gefordert waren. In der Beratung hat sich gezeigt, dass nicht alle Jugendlichen in gleichem Maße über die notwendigen Zugänge zum Internet sowie über die erforderlichen Basiskenntnisse der digitalen Anwendungsmöglichkeiten und die notwendige Software verfügten,“ bemerkt Angela Dietz.



Die Schulsozialarbeiterinnen der Emscherschule Aplerbeck, Frau Gockel und Frau Kraft mit dem Team der Berater*innen. Foto: Grünbau

„Hierdurch kommt es zu einer neuen Gruppe von schulmüden Kindern und Jugendlichen, die durch diese vorher nicht abzu sehenden Folgen der Pandemie in ein schulverweigerndes Verhalten abdriften.“, ergänzt Oliver Uzunkol von der GrünBau gGmbH. „Auch diese wollen wir mit dieser Aktion erreichen und bieten ihnen zum Start in das neue Schuljahr unsere Begleitung und Unterstützung an, um wieder erfolgreich am Schulleben teilzunehmen.“

Daher machen die Mitarbeitenden mit einer neuen Aktion auf ihr Angebot am 28.06.21 aufmerksam. Dabei werden weitere

Beutel an Schulen und andere Stellen verteilt.

Des Weiteren wollen die Mitarbeiter*innen des Kontakt- und Beratungsverbundes auf ihr Beratungsangebot aufmerksam machen. „Wir sind für alle Betroffenen unter der Hotline Nummer 0231-5010017 und über unsere Homepage www.kub-dortmund.de erreichbar!“. Nicht nur die Schüler*innen und ihre Eltern können die Beratung aufsuchen. Auch Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen sowie Fachkräfte der Jugendhilfe und anderer Stellen können sich bei Fällen von Schulverweigerung an die Mitarbeiter*innen wenden.

FRÜHE HILFEN

Pilar Wulff
Koordination: Frühe Hilfen
pwulff@stadtdo.de. Tel.: 0231-50-24974
Märkische Straße 24-26, 44141 Dortmund

Sabine Janowski
Koordination: Familienhebammen und Familien-, Gesundheits-, Kinderkrankenpflegerinnen
familienhebammen@dortmund.de
sjanowski@stadtdo.de
Mob.: 0173-5290096.
Märkische Straße 24-26, 44141 Dortmund

GESUNDHEITSFACHKÄFTE

Gesundheitsamt:
Zuhal Dagdas, Familienkinderkrankenpflegerin, zdagdas@stadtdo.de
Melanie Korus, Familien-, Gesundheits-, und Kinderkrankenpflegerin, mkorus@stadtdo.de
Ismigüyl Myrself, Familienhebamme, imyrsel@stadtdo.de
Fariba Jooyaei, Familienhebamme, fjooyaei@stadtdo.de
Angela Schröder, Familienhebamme, angelaschroeder@stadtdo.de
Désirée Mober, Familienhebamme, dmobers@stadtdo.de

Soziales Zentrum Dortmund e.V., Beratungsstelle Westhoffstraße
Marion Korte, Familienhebamme
marion.korte@westhoffstrasse.de

SKF – Sozialdienst katholischer Frauen

Christine Göke, Familienhebamme, schwangerschaftsberatungsstelle.
goeke@kath-centrum.de
AWO Beratungsstellen
Jenny Becks, Familienhebamme.
j.becks@awo-dortmund.de
donum vitae
Brigit Oechsl, Familienhebamme.
oeschli@donumvitae-dortmund.org

FAMILIEN-PROJEKT

Dortmund - Netzwerk INFamilie
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel.: 0231 50-29896
E-Mail: infamilie@dortmund.de
Internet: infamilie.dortmund.de

FAMILIENBÜROS

www.familie.dortmund.de
Unter dieser Adresse erreichen Sie das Familienportal und finden Informationen zu familienorientierten Angeboten und Leistungen wie Ausflugszielen, familienfreundlicher Gastronomie sowie das Familieninformationssystem.
Die Familien-Hotline: Tel.: (0231) 50-298 95 ist für Sie montags und donnerstags von 8.00 – 12.00 Uhr freigeschaltet. Die Familienbüros finden Sie in den Stadtbezirken:
Aplerbeck: Köln-Berliner-Str. 1, 44287 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 93 09
Brackel: Brackeler Hellweg 170, 44309 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 48 89

Eving: August-Wagner-Platz 2-4
44339 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 79 23
Hörde: Hörder Bahnhofstr. 16, 44263 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 98 67
Hombruch: Harkortstr. 58, 44225 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 83 27
Huckarde: Urbanusstr. 5, 44369 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 84 35
Lütgendortmund: Wernerstr. 10, 44388 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 89 40
Mengede: Bürenstr. 1, 44359 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 80 40
Scharnhorst: Gleiwitzstr. 277, 44328 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 88 26
Innenstadt-Ost: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 95 69
Innenstadt-West: Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 35 17
Innenstadt-Nord: Leopoldstr. 16-20, 44145 Dortmund. Tel.: (0231) 50-2 42 82
Öffnungszeiten der Familienbüros: montags und donnerstags 8.30-10.30 Uhr und nach Vereinbarung

Dortmund - Netzwerk INFamilie
Märkische Str. 24-26, 44141 Dortmund
Tel.: 0231 50-29896
E-Mail: infamilie@dortmund.de
Internet: infamilie.dortmund.de

BERATUNGSSTELLEN DES PSYCHOLOGISCHEN BERATUNGSDIENSTES DES JUGENDAMTES

Beratungsstelle Aplerbeck
Wittbräucker Straße 1, 44287 Dortmund

Telefon (0231) 456013
Beratungsstelle Brackel
Asselner Hellweg 103, 4319 Dortmund
Telefon (0231) 27554/ 5
Beratungsstelle Eving
Evinger Platz 2-4, 44339 Dortmund
Telefon (0231) 50-25470
Beratungsstelle Hörde
Alfred-Trappen-Straße 39, 44263 Dortmund
Telefon (0231) 423017/ 18
Beratungsstelle Hombruch
Harkortstraße 36, 44225 Dortmund
Telefon (0231) 717051
Beratungsstelle Innenstadt
Töllnerstraße 4, 44135 Dortmund
Telefon (0231) 50-23115
Beratungsstelle Lütgendortmund
Werner Straße 10, 44388 Dortmund
Telefon (0231) 67811
Beratungsstelle Mengede
Bodelschwingher Straße 131, 44357 Dortmund
Telefon 0231-372088 / 37625

Beratung für Kinder und Jugendliche
Psychosoziales Zentrum für geflüchtete Kinder und Jugendliche
Allgemeiner Projektkontakt:
c/o PSZ Dortmund
Lange Str. 44, 44137 Dortmund
Ansprechpartner:
AWO Unterbezirk Dortmund:
Rodica Anuti-Risse, Tel.: 0231-88088114, r.anuti-risse@awo-dortmund.de

GrünBau gGmbH:
Ute Lohde, Tel.: 0231-8409635, ulohde@gruenbau-dortmund.de
Kinderschutzbund Dortmund e.V.:
Martina Furlan, Tel.: 0231-84797814, m.furlan@dksb-do.de
Kinderschutz - Zentrum Dortmund:
Martina Niemann, Tel.: 0231-2064580, niemann@kinderschutzzentrum-dortmund.de

Kinderschutz-Zentrum Dortmund
Gutenbergstrasse 24, 44139 Dortmund.
Tel.: 0231-206458-0

Deutscher Kinderschutzbund Dortmund
Lambachstr. 4, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-8479780, Fax: 0231-84797822

Schwangerenberatungsstellen

AWO Beratungsstelle
Klosterstraße 8-10, 44135 Dortmund
Telefon: 0231-9934-222
beratungsstelle@awo-dortmund.de
Onlineberatung:
www.das-beratungsnetz.de

DONUM VITAE
Friedhof 4, 44135 Dortmund
Telefon : 0231-176387-4
E.mail: dortmund@donumvitae.org

Katholische Schwangerschaftsberatungsstelle
Sozialdienst katholischer Frauen e.V.

Propsteihof 10, 44137 Dortmund
Telefon: 0231-1848-220
schwangerschaftsberatung@kath-centrum.de

Beratungsstelle Westhoffstraße Soziales Zentrum Dortmund e.V.
Westhoffstraße 8-12, 44145 Dortmund
Telefon: 0231-840340
E.mail: info@westhoffstrasse.de

Team Kinderschutz im Jugendamt:
Johanna Hopff

Koordination: Kinderschutz, Teamleiterin Fachberatung Kinderschutz.
jhopff@stadtdo.de. Tel.: 0231-5024881
Kirsten Grabowsky
Koordination:
Kinder als Anhörige alkoholkranker Eltern
kgrabowsky@stadtdo.de.
Tel.: 0231-5023397

Stadt Dortmund - Gesundheitsamt
Hoher Wall 9-11, 44137 Dortmund
Tel.: 0231-50-23606.
Fax: 0231-50-23526
gesundheitsamt@dortmund.de
gesundheitsamt.dortmund.de

Abteilungen und Ansprechpartner

Umwelt- und Infektionshygiene und Gesundheitsaufsicht Dortmund
Tel.: 0231 50-23575, 0231 50-23536
Fax: 0231 50-23592
E-Mail: 53ges-aufsicht@stadtdo.de

Ernstfall Corona-Krise

Dortmund: Eine Stadt der Bildung, wo niemand zurückbleibt?

Am 21. Mai fand ab 18:00 der zweite Teil der Videokonferenzreihe „Dortmund nach Corona – unsere Stadt neu denken!“ mit dem Schwerpunkt Bildung statt. Durch die Veranstaltung führte Leyla Boran als Moderatorin.

Zum Einstieg in die Veranstaltung berichteten Migrant*innen-Organisationen von ihren vielfältigen Angeboten im Bildungsbereich, die von Nachhilfe und Begleitung beim Homeschooling, über Erwachsenenbildung bis hin zu außerschulischen Angeboten reichen.

Im Bereich der außerschulischen Bildung organisiert Agasca e.V. seit vielen Jahren ein Sommerturnier für Kinder und Jugendliche. Amadou Diallo stellte die Bedeutung von Sport und Bewegung für die psychische Gesundheit heraus. Auch Felix Toker (KIVI, VMDO e.V.) betonte, wie wichtig Spiel- und Begegnungsmöglichkeiten für die Selbstregulation von Kindern sind. Neben den Herausforderungen des Homeschoolings führten besonders die Kontaktbeschränkungen und das oftmals ersatzlose Wegfallen von sozialen Angeboten zur Belastung bei Kindern und Jugendlichen. Diese zeigten sich in Zukunftsängsten, (gefährlicher) Langeweile, Traurigkeit, Überforderung, Stress, wie unter anderem Lorin Ibrahim von HÉVI e.V. berichtete. Fabiola Baumann und Ingibjörg Pétursdóttir von Chancengleich in Europa e.V. veranschaulichten, wie es der Verein mithilfe von Laptop-/PC-Spenden und Computerschu-

lungen ermöglichte, die Deutsch-Sprachkurse auch in der Corona-Zeit weiter fortzuführen. Hassan Adzaj von Romano Than e.V. ging auf die Situation von Rom*nja und Sinti*ze Familien ein. Auffallend und alarmierend ist, dass zunehmend mehr Menschen von Wohnungs- und Obdachlosigkeit bedroht sind. Einen Homeschooling-Alltag in diesen prekären Lebenssituationen zu bewältigen, scheint unmöglich.

Frau Dr. Severine Thomas von der Uni Hildesheim bestätigt als „kritische Freundin“ die Wahrnehmung der Migrant*innen-Organisationen zur Situation der Kinder und Jugendlichen. In zwei Studien ging sie der Frage nach, wie es Kindern und Jugendlichen in der Corona-Pandemie geht. So stellt auch sie fest, dass sich besonders bei Jugendlichen, die wenig oder keine elterliche Unterstützung haben, die schwierigen Ausgangsbedingungen noch verstärken. Frau Dr. Thomas regt dazu an, in der Kommunikation mit Kindern und Jugendlichen auch zu thematisieren, was sie gemeinert und gelernt haben: Sie haben sich auf eine völlig neue Situation eingestellt und mussten dabei auf Vieles verzichten, was für sie bedeutsam und wichtig ist, wie der Kontakt zu Gleichaltrigen, auf Bewegungs- und Freizeitangebote. Es sei wichtig, den Fokus nun nicht allein auf versäumte Unterrichtsinhalte zu legen, sondern vielmehr Angebote zu schaffen, durch die sich Kinder und Jugend-



liche wieder wohler und unbeschwerter fühlen können. VMDO Vorstandsvorsitzende Tülin Dolutas bringt die Forderungen der Migrant*innen-Organisationen auf den Punkt und richtet sich an die Vertreter*innen der Kommune und Bildungsinstitutionen. Es brauche wirkliche Reformen, um die tief sitzenden Ungleichheiten abzubauen. So sollten die Kompetenzen und Expertisen von Migrant*innen-Organisationen anerkannt werden und beispielsweise in einen Extra-Bildungs-

richt mit Fokus Corona und einem Masterplan Bildung einfließen. Durch die abschließende Diskussionsrunde führte Leyla Boran zusammen mit Dr. Wilfried Kruse. Als Leiter des Schulverwaltungsamtes stellte Manfred Hagedorn heraus, dass die kommunale Strategie im Bildungsbereich in Dortmund eine lange Tradition habe. Das Ziel, über klassische Nachhilfe hinaus, Unterstützung für Schüler*innen, zum Beispiel in Form von Ferienprogrammen, anzubieten, wird auch in Zusam-

menarbeit mit Trägern umgesetzt. Perspektivisch können Migrant*innen-Organisationen noch mehr in diese Arbeit eingebunden werden, die Veranstaltung setze wichtige Impulse in diese Richtung. Auch wird im Gespräch angedacht, eine länger geplante Kooperation mit dem VMDO e.V. wieder aufzugreifen. Bernd Bruns, Direktor der Anne Frank-Gesamtschule, versteht Schule ausdrücklich als Lern- und Lebensort. So fanden die Sorgen und Nöte der Schüler*innen in der Zeit des Distanzunterrichts besonders Gehör – indem sie täglich in einer Schulstunde über sich und ihre Situation sprechen konnten. Nun soll mit einem speziellen Ferienprogramm der Übergang zwischen Grund- und weiterführender Schule für die neuen Schüler*innen erleichtert werden. Für die Umsetzung der Ferienaktionen ist die Kooperation mit Migrant*innen-Organisationen ausdrücklich gewünscht, hier zum

Beispiel Agasca e.V. oder Romano Than e.V. Hassan Adzaj äußerte sein Anliegen, Schüler*innen und Lehrer*innen für den Rassismus gegenüber Rom*nja und Sinti*za sensibilisieren.

Abschließend geht es ins Gespräch mit Schul- und Jugenddezernentin Daniela Schneckenburger und Saziye Altundal-Köse als Vorsitzender des Schulausschusses. Es wird festgestellt, dass das Thema der Bildungsbenachteiligung nicht erst seit Corona, sondern seit vielen Jahrzehnten bekannt ist. Aus politischer Sicht wurden hier bereits einige wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht. Beispielsweise gelang es in der frühkindlichen Bildung auf mehrsprachige Kinder besser einzugehen, ihre Fähigkeiten wertzuschätzen, statt sie mit einem defizitorientierten Blick zu betrachten. Gleichzeitig müsse festgestellt werden, dass es Aufgabe bleibt, reelle Zukunftsperspektiven für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen. Dies könne besser gelingen, indem Migrant*innen-Organisationen grundlegend in Kooperationen einbezogen würden. Das Schlusswort hatte VMDO Geschäftsführer Ümit Kosan. Die Veranstaltung habe die Komplexität und Vielschichtigkeit des Themas Bildung deutlich gemacht. Für die Zukunft bleibt es weiter Aufgabe, gemeinsam Lösungen zu entwickeln und Migrant*innen-Organisationen hier in einer wichtigen Rolle zu sehen.

Johanna Jost

Geflüchtete fürchten um ihre Jobs

Die Corona-Pandemie stürzt die Wirtschaft in die Krise. Davon sind geflüchtete Menschen besonders hart betroffen. Bei ihnen ist die Arbeitslosigkeit stärker gestiegen als bei anderen.



Die Wirtschaft schwächelt wegen der Corona-Pandemie. Hunderttausende haben ihre Jobs bereits verloren. Der Jobverlust trifft ausländische Beschäftigte besonders stark und hier vor allem Geflüchtete. Die Arbeitslosenquote von Menschen aus Asylherkunftsländern ist seit März um 5,6 Prozentpunkte gestiegen. Bei EU-Bürger*innen waren es rund zwei Prozentpunkte. „Geflüchtete sind die am stärksten betroffene Gruppe, aber auch Migranten generell“, sagt der Arbeitsmarktforscher Dr. Ehsan Vallizadeh vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). „Die Corona-Krise trifft sie härter als zum Beispiel die Finanzkrise 2008“, so Vallizadeh. Die Forscher am IAB haben Arbeitsmarktzahlen ausgewertet und Migrant*innen und Geflüchtete befragt. Warum verlieren besonders Geflüchtete in der Corona-Krise ihre Jobs? „Sie arbeiten besonders häufig in Berufszweigen, die von der

Krise am stärksten betroffen sind“, so Vallizadeh. In den vergangenen Jahren hätten viele Geflüchtete Arbeit gefunden in Hotels und Gaststätten, bei Reinigungsfirmen oder in der Leiharbeit. Alles Bereiche, die nun in der Corona-Krise besonders viele Menschen entlassen mussten.

Umstellung auf Homeoffice war kaum möglich

Auch die Art der Tätigkeiten spielt offenbar eine Rolle. Eine Umstellung auf Homeoffice war kaum möglich in Bereichen mit „manuellen Tätigkeiten ohne Routinen“, also zum Beispiel auf Baustellen oder im Reinigungsgewerbe. Auch hier arbeiten durchschnittlich mehr Geflüchtete. Sie sind oft noch nicht so lang im Betrieb beschäftigt und werden damit eher gekündigt. Auswirkungen hat auch die Größe der Unternehmen. Geflüchtete und Migrant*innen arbeiten häufiger in kleinen und mittleren Betrieben,

die weniger Rücklagen haben und in einer Krise schneller Beschäftigte entlassen müssten, so Vallizadeh. Wenn die Wirtschaftskrise sich fortsetzt, könnte sie zur Gefahr für die Integration am Arbeitsmarkt werden. „Die Integrationsfortschritte der letzten Jahre werden leiden, wenn es so weitergeht“, sagt der Arbeitsmarktforscher Vallizadeh. Das spüren auch die Geflüchteten und Migranten selbst. Bei Menschen mit Migrationshintergrund ist die Angst, den Job zu verlieren, doppelt so hoch wie bei anderen. Das zeigte eine Befragung, die die IAB-Forscher*innen gerade durchführen.

Unternehmen wollen Geflüchtete weiter beschäftigen

Viele Unternehmen versuchen, ihre Beschäftigten auch in der Krise zu behalten, sagt Ellen Boettcher, Sprecherin des Netzwerks „Unternehmen integrieren Flüchtlinge“. Die Unternehmen hätten Angst um alle Beschäftigten und suchten nach kreativen Wegen, um Entlassungen zu vermeiden. Ein Hotel in Mecklenburg-Vorpommern etwa habe die freie Zeit während des Lockdowns genutzt, um den Geflüchteten im Betrieb Deutschkurse und Weiterbildungen anzubieten. Andere Unternehmen hätten vorübergehend auf Telearbeit umgestellt, um die Geflüchteten auch während der Krise in der Ausbildung behalten zu können.

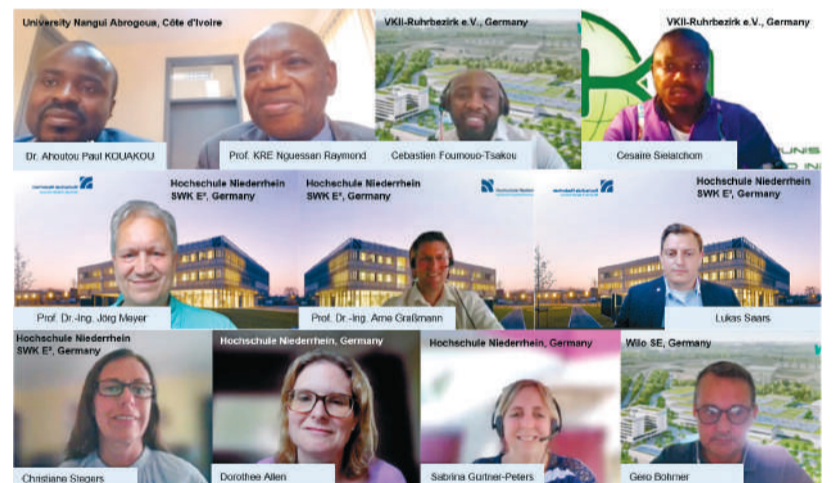
Carsten Janke und Joseph Bauer

Zugang zu bezahlbare und nachhaltige Energie und Wasser für alle sichern

Trotz der Corona-Pandemie, leistet der VKII-Ruhrbezirk e.V. (Verein Kamerunischer Ingenieur und Informatiker) seinen Beitrag als Teil der Zivilgesellschaft um die nachhaltige Entwicklung Ziele Horizon 2030 zu erreichen. Die 17 SDG- (Sustainable Development Goals) Ziele sind von der UN im Jahre 2015 verabschiedet worden und gelten bis 2030. Die Ziele sollen weltweit für die Sicherung der nachhaltigen Entwicklung auf den ökonomischen, sozialen und ökologischen Ebenen dienen.

Um der Bevölkerung in ländlichen Gebieten im Staat Elfenbeinküste Zugang zu bezahlbarem, sauberem Wasser (SDG 6) und sauberem Strom (SDG-7) zu ermöglichen, hat die AG *Elektrotechnik und Energie* des Vereins *VKII-Ruhrbezirk e.V.* unter der Leitung von Cesaire Sielatchom Fondjo in Zusammenarbeit mit dem *Institut für Energietechnik und Energiemanagement der Hochschule Niederrhein (SWK2)* unter der Leitung von Prof. Dr. Arne Graßmann das Projekt „*Industry Integrated Dual Engineering Studies in a North-South Collaboration (IIDES NSC)*“ ins Leben gerufen. In einer freundlichen Atmosphäre fand das Kick-off online für das 4-jährige Projekt am 11.06.2021 in Anwesenheit aller Partner statt.

„Im subsaharischen Afrika haben viele Familie, insbesondere in den ländlichen Bereichen, keinen Zugang zu Strom und sauberem Wasser. Diejenigen Haushalte, die den Zugang haben, bemängeln die Wasserqualität und die



unregelmäßige Versorgung dieser lebensnotwendigen Ressource“ sagt *Cebastien Foumouo Tsakou*, Mitglied der AG. Während des 2,5 Jahre andauernden Studiums entstehen so mindestens zwei Prototypen für eine Kleinanlage zur dezentralen und solarbetriebenen Elektrizitäts- und Wasserversorgung. Dabei wird eine Gruppe von zehn Studierenden – möglichst paritätisch mit Frauen und Männern besetzt – nach dem Absolvieren theoretischer Studienmodule ausgewählt, um an dem weiterführenden Projektstudium teilzunehmen. Der erste Prototyp für eine Kleinanlage wird von den Studierenden entsprechend deutschen Sicherheits- und Hygieneanforderungen entwickelt, in Deutschland gebaut und dort in Betrieb gesetzt. Nach Abschluss dieses Moduls wird der Prototyp an die Partnerhochschule in Côte d'Ivoire, der Universität *Nangui Abrogoua* in Abidjan überführt. Der zweite Prototyp wird an der

Nangui Abrogoua vor Ort entwickelt und soll insbesondere die veränderten Rahmenbedingungen für ein lokales Sourcing, Langlebigkeit und einfache Wartung berücksichtigen. Die Anlage wird anschließend in einem Modellort aufgebaut, betrieben und analysiert. Das Projekt wird vom DAAD aus Mitteln des *Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)* im Förderprogramm „*Praxispartnerschaften zwischen Hochschulen und Unternehmen in Deutschland und in Entwicklungsländern*“ mit bis zu 719.065 € über eine Projektlaufzeit von vier Jahren gefördert. Partner ist die Universität *Nangui Abrogoua* in Abidjan. Mit der *Wilo SE* und der *Euregio-Solarzentrum GmbH* unterstützen zwei Partner aus der Industrie das Vorhaben. Dabei bietet die Niederlassung von *Wilo* in Abidjan die Möglichkeit, dem Projekt als Bindeglied zur lokalen Wirtschaft zu dienen.

KII Ruhrbezirk e.V.

Klimaaktivist*innen führen kritisches Theaterstück zum neuen Versammlungsgesetz NRW auf

Aktivist*innen der Klimagerechtigkeitsgruppe „Ende Gelände Bochum“ führten ein kurzes Theaterstück vor dem Bochumer Schauspielhaus auf. Die politische Kunst-performance fand im Rahmen einer Demonstration gegen das neue Versammlungsgesetz NRW statt, welche von einem Dutzend Bochumer Initiativen organisiert wurde. Die verkleideten Aktivist*innen traten nacheinander als Baumbesetzer, Ende Gelände Aktivist, vermummter Antifaschist, Fußballfan und Gewerkschaftler auf und legten dar, wie die geplanten Gesetzesänderungen ihre politischen Aktivitäten gefährden würden. Anschließend wurden sie von Personen im Polizeikostüm unterbrochen und gewaltsam von der Bühne gezerrt. „Ein Gesetz gegen Rechtsextremismus? Verarschen kann ich mich alleine!“ echauffierte sich der „Ende Gelände Aktivist“. „In der Begründung zum Militanzverbot werden auch Maleranzüge als Uniform erwähnt - damit werden Klimaaktivist*innen in einem Atemzug mit SA und SS genannt. Geht's noch?“ Damit spielte die Gruppe auf §18 des umstrittenen Gesetzesentwurfs an, bei dem im Rahmen eines sogenannten Militanzverbotes „uniformähnliche Kleidungsstücke“ und „paramilitärisches Auftreten“ bei Demonstrationen unter Generalverbot stehen. In dem Text des Entwurfs fallen selbst die gleichfarbigen Overalls der Kohlegegner*innen

unter das Verbot. „Protest wird bei drohender Videoüberwachung und der ewig langen Liste von Auflagen erschwert, egal wie regelkonform wir zu demonstrieren planen. Man sollte nicht Jura studiert haben um für faire Löhne demonstrieren zu können!“ mahnte auch der „Gewerkschaftler“, und wurde im Anschluss mit dem Schaumstoff-Schlagstock bewusstlos geschlagen. Auch ein älterer Mann mit „Opa gegen Rechts“ Schild und eine singende VfL-Anhängerin im blau-weißen Trikot wurden mit „Pfefferspray“ rabiat von der Bühne verscheucht. Während sich die „Polizisten“ eine Maske mit dem Gesicht von Innenminister Herbert Reul über die Sturmhaube zogen, hielt ein „Polizeichef“ eine zynische Rede, in der er das neue Versammlungsgesetz anpries und den Zuschauer*innen drohte: „Die Vorstandsetage in der Staatskanzlei hat die Zeichen der Zeit erkannt und nutzt diese einmalige pandemische Chance um euch Gutmenschen das vorlaute Maul zu stopfen. Im Grunde ist es doch einfach: Sei still. Gehorche. Geh arbeiten. Geh konsumieren. Sei angepasst, sprich



Aktivist*innen auf der Bühne

Foto: Ende Gelände

nicht die falsche Sprache, dann hast du auch nichts zu befürchten!“ Zum Abschluss rief eine letzte Redner*in in einem feurigen Plädoyer dazu auf, gegen das Gesetz anzukämpfen. Mit der Aktion wollten die Aktivist*innen zugespitzt vor gravierenden Einschränkungen der Versammlungsfreiheit warnen, die sie mit den geplanten Änderungen des Versammlungsgesetzes einhergehen sehen. Ende Juni sollen die zuständigen Landesausschüsse darüber entscheiden, ob der Gesetzesentwurf der schwarz-gelben Regierung für NRW in Kraft tritt. Ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis rief dagegen zur Großdemonstration in Düsseldorf am 26.6. auf. Ende Gelände

Die EU vor Ort in Dortmund

In 48 deutschen Städten und Regionen in Deutschland gingen die neuen Europe Direct Zentren am 1. Mai an den Start. Eins davon in Dortmund: Bis Dezember 2025 – und zum dritten Mal in Folge – und somit Europe Direct in der Auslandsgesellschaft beheimatet. Das Zentrum ist Teil der neuen Generation von Informations- und Aktionsbüros der Europäischen Union.



Foto: Auslandsgesellschaft

„Ich freue mich, dass das Europe Direct (ED) Dortmund weiterhin zentrale Anlaufstelle rund um Europa ist. In der Auslandsgesellschaft.de e.V. ist es dort angesiedelt, wo internationaler Austausch und Völkerverständigung bereits seit über 70 Jahren gelebt werden“, freut sich Klaus Wegener, Präsident der Auslandsgesellschaft.de e.V. Die Auslandsgesellschaft.de hatte sich im vergangenen Jahr um die Fortsetzung der EU-Förderung für das bereits seit 2013 bestehende Zentrum beworben. „Als Teil der neuen Generation von Europe Direct Zentren, die am 1. Mai startet, erhalten wir die Förderung bis 2025“, erklärt Geschäftsführer Marc Frese. „Das versetzt uns in die Situation, unsere vielfältige Arbeit rund um Europa in der Auslandsgesellschaft langfristig gut aufzustellen.“

Europe Direct als Anlaufpunkt für Dortmunder Zivilgesellschaft
Im Europe Direct Zentrum in Dortmund erhalten Bürgerinnen und Bürger unter anderem praktische Informationen zu ihren Rechten in der Europäischen Union und

können über europapolitische Themen mitdiskutieren. Außerdem bietet das ED Dortmund eine breite Auswahl an Publikationen, Planspielen und andere Aktivitäten im Bildungsbereich an. „Bildungsarbeit ist neben regelmäßigen Diskussionsveranstaltungen sicherlich eines der Markenzeichen des Europe Direct Zentrums hier in Dortmund“, bekräftigt Joris Duffner, Leiter des Zentrums. „In den kommenden Jahren wollen wir uns noch breiter aufstellen und noch stärker erster Anlaufpunkt für alle europa-engagierten Vereine, Verbände und Institutionen in Dortmund und Umgebung werden.“

Online-Veranstaltungen für Schulen, Reihe für Konferenz zur Zukunft Europas geplant
Auch das Europe Direct Dortmund musste seine Veranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie komplett auf Online-Formate

umstellen. „Natürlich funktionieren einige Formate besser vor Ort und wir können momentan nicht die ganze Bandbreite unserer Angebote durchführen“, erläutert Duffner. „Wir bieten jedoch seit einigen Monaten Bildungsveranstaltungen sowie regelmäßige Diskussionsrunden und Vorträge als Videokonferenz an.“ Mit Erfolg: Schulen aus Dortmund und Umgebung können beispielsweise die „Zukunftswerkstatt zur EU“ für ihre Schulklassen buchen und gemeinsam mit dem Europe Direct komplett online durchführen. „Ganz aktuell planen wir zudem, eine Online-Veranstaltungsreihe anlässlich der Konferenz zur Zukunft Europas, die verschiedene Themen aufnimmt. Alle Dortmunderinnen und Dortmunder erhalten so eine einfache Möglichkeit, daran teilzunehmen“, freut sich der Leiter des Europe Direct Dortmund. Auslandsgesellschaft

Wie die Corona-Krise die Frauen trifft

„Corona: Eine Krise der Frauen“: so schreibt z.B. UN WOMEN Deutschland. Der DGB formuliert: „Frauen tragen die Hauptlast der Krise“. Was ist dran an diesen Feststellungen? Die Datenlage hinkt zeitlich immer zurück und auch die übliche Dateninterpretation folgt oft dem männlichen Blick. Aber nimmt man alle Daten und die vielen Erfahrungsberichte – auch aus der Videokonferenz des VMDO- zusammen, so ist deutlich: Die Corona-Krise trifft Frauen besonders hart, und unter ihnen insbesondere jene, die schon einen schwierigen Alltag in Kombination von belastender Erwerbsarbeit und häuslicher Sorge bewältigen mussten.



Um was geht es? Bei den erwerbstätigen Frauen verringert sich während der Krise die Arbeitszeit – und damit auch das Einkommen – stärker als bei den Männern. Bei vielen geht es nahezu auf Null: das sind diejenigen, die Tätigkeiten ausüben, die durch die Lockdowns stillgelegt oder stark eingeschränkt wurden. Zugleich aber ist deutlich, dass es vor allem die Frauen sind, die im Lockdown die Kindersorge übernehmen. Die Barmer Krankenkasse hat hierfür einen wichtigen Hinweis: die an Anspruch genommenen Kinderkrankentage sind im ersten Halbjahr 2021 stark gestiegen und sie wurden von Frauen dreimal mehr beantragt als von Männern. Die Schließung von KiTas und Schulen bzw. ihr reduzierter Notbetrieb zwingt zu häuslicher Sorge, einschließlich der schwierigen Bewältigung des Distanzunterrichts: je mehr Kinder und je klei-

ner die Wohnung, umso schwieriger. Alleinerziehende Mütter sind von der starken Reduzierung der Stützinfrastruktur besonders hart betroffen, zumal nicht auf die Großeltern zurückgegriffen werden konnte, weil diese geschützt werden mussten. Sind nicht die Frauen, sondern die Männer in der Familie von Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit betroffen, so macht dies die familiäre Situation nicht einfacher, zumal das Familieneinkommen in jedem Fall geringer wird. Das Redaktionsnetzwerk Deutschland berichtet im Mai 2021 davon, dass nach vorliegenden Statistiken häusliche Gewalt während der Pandemie deutlich angestiegen sei, alle Fachleute aber von hohen Dunkelziffern ausgingen. Zurückgeführt wird der Gewalt-Anstieg auf die schwierigen häuslichen Verhältnisse. Opfer häuslicher Gewalt sind vor allem Frauen. Das Bild wäre nicht vollständig, wenn nicht noch zwei weitere Umstände Erwähnung fänden:

Zum einen der hohe Frauenanteil in den sozialen und Pflegeberufen und der gegenüber Männern dreimal höhere Einsatz bei unbezahlter Sorgearbeit. Dies bedeutet eine erhebliche Belastung und ein höheres Infektionsrisiko. Zugleich aber vergrößern sich auch die gesundheitlichen Risiken jenseits der Corona-Infektion, denn das Gesundheitssystem ist stark auf Corona konzentriert: andere, vor allem auch chronische Erkrankungen und gesundheitliche Folgen von Überlastung bleiben unbehandelt. Auch hiervon sind Frauen erheblich negativ betroffen. Aktuell gehen die Inzidenzen zurück und es sieht nach (vorläufiger) Entspannung aus. Die massive Krisenbetroffenheit von Frauen wird Langzeitfolgen haben, die dringend einer Bearbeitung bedürfen. Die Corona-Krise hat Ungleichheiten im Geschlechterverhältnis noch einmal deutlich gemacht, die nicht hingenommen werden können. Angela Paul-Kohlhoff

Preis für freiwilliges Engagement und Zusammenhalt in der Großstadt der Nachbarn

Bewerbungen bis 18. Juli



Engagement ist für viele Dortmunder*innen ein selbstverständlicher Teil des Lebens, sie bringen sich mit ihren Fähigkeiten und Erfahrungen ein und zeigen so, wie vielseitig unsere Gesellschaft ist. Der Preis **„Engagement anerkennen“** des Vereins zur Förderung der freiwilligen Tätigkeit in Dortmund e.V. möchte den Blick auf dieses ehrenamtliche Engagement der vielen Aktiven richten und ihnen Anerkennung und Wertschätzung entgegenbringen. **„Nachbarschaft und Zusammenhalt in Krisenzeiten“ steht im Jahr 2021 im Fokus der Ausschreibung**

Die Corona-Pandemie hat die Arbeit im Bereich des Ehrenamtes und der Engagementförderung vor besondere Herausforderungen gestellt. Aufgrund des Infektionsgeschehens mussten viele über die Jahre gewachsene ehrenamtliche Angebote zuerst eingestellt und im Laufe der Zeit immer wieder neuen Bestimmungen angepasst werden. Gleichzeitig haben sich vielfältige neue Initiativen, Themen und Formen des

Engagements gebildet, es wurden Gabenzäune in unterschiedlichen Quartieren eingerichtet, nachbarschaftliche Einkaufshilfen oder Konzerte und Repair Cafés initiiert, Telefonpatenschaften wurden übernommen oder Briefe an Seniorenheimen geschickt um den Alltag etwas bunter zu gestalten. „Mit dem Preis möchten wir in diesem Jahr im besonderen Maße auf die Notwendigkeit und die Flexibilität im Ehrenamt während der Pandemie aufmerksam machen. Alle Organisationen, die sich mit viel Herzblut und Engagement eingesetzt haben, Begegnungsmöglichkeiten gegen die Einsamkeit geschaffen haben, Hilfestellungen für Kinder, Jugendliche, Senioren, Wohnungslose oder Nachbarn entwickelt haben, sind herzlich eingeladen, sich zu bewerben“, so Karola Jaschewski

Geschäftsführerin der FreiwilligenAgentur. Prämiiert werden Einrichtungen und Organisationen, die mit ihrer Arbeit im Bereich Stärkung der Nachbarschaft und Förderung des Zusammenhalts in besonderer Weise zu einem unverzichtbaren Element unserer Stadtgesellschaft geworden sind. Die Preisverleihung findet im Rahmen der Veranstaltung „Engagement anerkennen“ am 30.08.2021 um 18 Uhr im Museum für Kunst und Kulturgeschichte Dortmund statt. **Bewerbung richten Sie bitte per Mail an:** freiwilligenagentur@dortmund.de Ausschreibung und Bewerbungsformular „Engagement anerkennen 2020“ unter www.freiwilligenagenturdortmund.de



Demokratieprojekt zur Bundestagswahl für junge Erwachsene

Aus Erstwähler*innen werden Erstwahlhelfer*innen

Die Initiative Erstwahlhelfer bildet junge Erwachsene zu Wahlhelfer*innen aus. Ihre Ausbildung ist ihr aktiver Beitrag zur Wahl des neuen Deutschen Bundestages im September. Mit den Wahlämtern werden die Helfer*innen an die Wahlvorstände vermittelt. Das Projekt wird in diesem Jahr zum sechsten Mal durchgeführt. In Nordrhein-Westfalen ist die Auslandsgesellschaft.de e.V. Kooperationspartnerin der Initiative Erstwahlhelfer. Die Seminare für die angehenden Wahlhelfer*innen in Dortmund finden am 28. und 29. August 2021 in der Auslandsgesellschaft statt. Interessierte Jugendliche können sich ab Mitte Mai bewerben. Neben den Fragen rund um die Tätigkeit der Wahlhelfer*innen geht es auch um die Bedeutung der Wahl für das Leben der jungen Leute. Warum ist die eigene Stimme bei der Wahl wichtig? Schulen freuen sich über Expert*innen und Multiplikator*innen, die ihr Wissen mit Mitschüler*innen teilen. Gefördert wird das Projekt durch die Bundeszentrale für Politische Bildung.

Weitere Informationen unter:

www.erstwahlhelfer.de

Ansprechpartnerin:

Nejra Dedić-Demirović,
Auslandsgesellschaft.de e.V.,
0231 838 00 23,
dedic-demirovic@auslandsgesellschaft.de

Sachverständigenrat für Migration und Integration fordert gleichberechtigte politische Teilhabe

Im Jahr 2019 lebten 21,2 Millionen Menschen mit eigener oder familiärer Einwanderungsgeschichte in Deutschland, das waren rund 26 Prozent der Bevölkerung. Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund bei den Wahlberechtigten lag aber deutlich geringer, bei nur 12,5 Prozent. Hinzu kommt, dass sie bei Befragungen zum Wahlverhalten seltener antworten, wählen zu gehen. Damit ist die Gruppe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte bei Wahlen deutlich unterrepräsentiert. Das Jahresgutachten des Sachverständigenrats für Integration und Migration des Jahres 2021 mit dem Titel „Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht“ beschäftigt sich unter anderem mit diesem Problem und möglichen Lösungsansätzen. Der Fokus des Gutachtens liegt auf Kernbereichen des gesellschaftlichen Lebens: Kultur, Arbeitsmarkt und Politik.

Die wahrscheinlich wichtigste Aussage des Gutachtens ist Empfehlung und Mahnung zugleich: „Zunehmende Vielfalt darf nicht zu wachsender Ungleichheit führen“. Zuwanderung kann für eine Gesellschaft sowohl Vorteile wie Diversität als auch Pluralität aber auch Nachteile wie das Entstehen von Parallelgesellschaften bringen. Deshalb ist es wichtig, dass eine weitsichtige Integrationspolitik dafür sorgt, dass aus Herkunftsunterschieden keine Teilhabeungleichheiten werden. Politische Teilhabe beispielsweise beinhaltet verschiedene Aspekte

wie die Beteiligung am öffentlichen Diskurs, das Recht zu wählen und die Übernahme eines politischen Amtes. Das aktive und passive Wahlrecht sind in Deutschland jedoch an die deutsche Staatsbürgerschaft gebunden; auf kommunaler Ebene ist das Wahlrecht für Menschen aus dem EU-Ausland erweitert.

Nach einer häufig zitierten Definition von Abraham Lincoln ist Demokratie „die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk.“ Die Bindung des Wahlrechts an die Staatsbürgerschaft führt jedoch in einem Einwanderungsland wie Deutschland dazu, dass immer mehr Menschen von politischen Entscheidungen betroffen sind, die sie selbst nicht mitgestalten können. Das demokratische Teilhabeversprechen „Regierung des Volkes durch das Volk“ erfüllt sich somit nicht für alle. Das Gutachten des Sachverständigenrates fordert aus diesem Grund, die Zahl der Einbürgerungen gezielt zu erhöhen, da diese seit Jahren stagnieren. Im Jahr 2019 ließen sich nur 2,5 Prozent aller Personen einbürgern, die die Voraussetzungen dafür erfüllten. Das ist auch im europäischen Vergleich keine hohe Quote. Viele wissen offenbar nicht um ihre Möglichkeiten. Deshalb wird empfohlen, dass Bundesländer und Kommunen gezielt für die Einbürgerung werben, um potenzielle Neubürger und Neubürgerinnen zu informieren, sowie festliche Einbürgerungszeremonien einzu-



führen, damit die Einbürgerung nicht nur als grauer Verwaltungsakt wahrgenommen wird.

Als weiteres Instrument zur Erhöhung der Wahlbeteiligung empfiehlt das Gutachten der Sachverständigenkommission ein kommunales Ausländerwahlrecht auch für Menschen aus nicht EU-Ländern mit unbefristetem Aufenthalt zum wenigsten zu erwägen. Ein solches Wahlrecht hatten Schleswig-Holstein und Hamburg in den 1980er Jahren eingeführt. Sie wurden vom Bundesverfassungsgericht jedoch als verfassungswidrig angesehen, da Art. 20 Abs. 2 GG lautet: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Volk definiert sich dabei bislang über die deutsche Staatsbürgerschaft. Zwar ist eine verfassungsrechtlich-

che Änderung juristisch kompliziert, aber nicht unmöglich und aus demokratiepolitischer Sicht erscheint sie sehr sinnvoll, um das Teilhabeversprechen der Demokratie einzulösen.

Eine weitere Ungleichheit, vor der das Gutachten warnt, ist, dass Deutsche mit Migrationshintergrund seltener in politischen Parteien aktiv sind und dementsprechend auch weniger in Parlamenten vertreten. Parteien sollten sie stärker als Wählerschaft wahrnehmen und auch in ihre Parteiarbeit stärker einbinden. So ließen sich auch positive Integrationseffekte erzielen. Die Teilhabe am Gemeinwesen und die Erfahrung, dass die eigenen Interessen im politischen Prozess ernst genommen werden, stärken das Gefühl

von Zugehörigkeit zur Gemeinschaft und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wenn aber stattdessen die Wahrnehmung überwiegt, von gesellschaftlichen Prozessen ausgeschlossen zu sein, kann eine Entfremdung von Politik und Gesellschaft stattfinden. Insofern kann die politische Teilhabe möglichst vieler den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern, zu dem in den letzten Jahren wieder vermehrt aufgerufen wurde.

Auch Migrantenorganisationen werden in dem Gutachten thematisiert. Sie werden als wichtige zivilgesellschaftliche und heterogene Akteurinnen wahrgenommen, welche neue Perspektiven in politische Debatten einbringen und auch Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft repräsentieren. Sie können (und wollen) jedoch nicht die einzige Möglichkeit der politischen Teilhabe sein. Für ein gleichberechtigtes Mitwirken an politischen Prozessen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund müssen sich die politischen Parteien öffnen und die Zahl der Einbürgerungen und die Wahlbeteiligung erhöht werden. Je mehr Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wählen gehen, desto eher müssen und werden sich politische Parteien mit ihrem Wahlprogramm an sie richten und ihre Interessen berücksichtigen. Die Bundestagswahl am 26. September ist die nächste Möglichkeit, an der politischen Gestaltung dieses Landes mitzuwirken.

Magdalena Franz

"Die Nordstadt wäre ohne diese ganzen türkischen Netzwerke verkommen"

Interview mit der Architektin und Planerin Viktoria Waltz zum Thema "60 Jahre Migration"



Viktoria Waltz/Architektin

Von 1973 bis 2007 war sie Dozentin am Institut für Raumplanung der Technischen Universität Dortmund. Ihre Arbeitsfelder waren unter anderem multiethnischer Raum und Identität, Stabilisierung benachteiligter Stadtteile und Beteiligung benachteiligter Gruppen im Ruhrgebiet, die soziale Stadt. Zwischen 1997 und 2000 war sie als Beraterin für Wohnungspolitik im Wohnungsbauministerium der Palästinensischen Autonomiegebiete in Gaza und Ramallah tätig.

Ich habe mich an der Uni mit Migration beschäftigt, also meine Studenten habe ich eingeladen in Projekten mitzuarbeiten zu bestimmten Themen, was braucht die Stadt, wenn sie Migranten,

Einwanderer hat, die aus anderen Kulturen, anderen Zusammenhängen kommen. Wir haben uns da mehr oder weniger auch auf die türkischen Einwanderer konzentriert.

Wir sind in die Nordstadt gegangen. Wir sind in der Kielstraße in der Moschee gewesen, wir haben einfach geguckt, wo wohnen sie denn. Ja, und im Grunde ist mir und unseren Studenten schon damals aufgefallen, was auch alle als eigene Erfahrung schilderten. Die Migrant*innen berichteten, sie haben die schlechteren Wohnungen bekommen, sie hatten die schlechtere Arbeit, die schwierigere Arbeit.

Sie hatten mit allem Schwierigkeiten, wenn man als Frau kam, sei es um zu heiraten oder einfach auch für die Arbeit, dann war ja ganz viel dramatisch, man hatte die Wärme von zu Hause verloren, vor allem die Familie, man war ohne Kontakte, ohne Netz und Boden hier. Das sagten uns vor allem die Frauen unseres Projektes mit den Bergleuten. Ohne Sprache, geh mal einkaufen, ohne dass es hier Auberginen gibt, geh mal kochen, viele Dinge, die das Leben einfach so schwer machen, dass sich dann aufbaute und das kann man ja auch für Dortmund Nordstadt z.B. sagen, es gab dann irgendwann ein Netz. Da gab's dann den ersten türkischen

Friseur, Bekleidungs-Möglichkeiten, ein Markt, wo man Stoff kaufen konnte, plötzlich war etwas da und das war ein Segen. Als Planerin sage ich, so ein Stadtteil Nordstadt wäre ohne diese ganzen türkischen Netzwerke verkommen, weil die Stadt hatte sich nicht besonders darum gekümmert. Dieser Stadtteil war ja immer in den Planungen für Stadtentwicklung ein Problem-Gebiet, so wurde das immer benannt, dabei war es ein typisches Arbeiterviertel mit den entsprechend kleinen Wohnungen und so weiter.

Mein Gefühl war, in den 90er Jahren habe sich das verbessert und es ist ja auch sehr viel mehr darüber diskutiert worden, mit dem Erneuerungsprogramm, vor allem im Ruhrgebiet und auch das dann also endlich ein Einwanderungsgesetz diskutiert wurde, Ausländer Einwanderer genannt wurden, dass wir darüber diskutieren konnten, wie soll die Stadt aussehen, was man muss berücksichtigen. Man braucht Gärten für alle, natürlich, man muss berücksichtigen, dass es Klassen für Einwandererkinder mit besonderer Förderung geben muss, und viele Dinge mehr.

Das hat sich absolut geändert mit dem Ereignissen in New York, mit dem Fall der Türme. Es hat sich ein Feindbild entwickelt, plötzlich war der Islam und die arabische Welt feindlich und die vergange-

nen Debatten hatten keine Geltung mehr. Plötzlich war man schwarzhaarig und fremd, oder gefährlich oder was auch immer. Den Zustand der Sprachkenntnisse der ersten Generation von Migranten darf man nicht übersehen, dass sie immer noch kein Deutsch können, obwohl ihre Enkel das kritisieren. Ja wenn du kommst und bist schon in der fremden Umgebung, die dich nicht aufnimmt und wo du dich mühselig durchkämpfst, dein Mann ist immer weg, sein Deutsch auch nur aus den Wörtern besteht, die er im Betrieb gelernt hat. Woher soll es denn kommen?

Man zieht einfach gerne dahin, wo man die Landsleute kennt vor allem wenn man fremd ist das ist doch ganz normal und wenn die Gesellschaft keine Angebote macht, wir könnten ja schon vielmehr türkische Lehrer haben, die hier türkisch lehren, dass die Leute nicht in die Moscheen gehen müssen um über den Koran Türkisch zu lernen oder sogar auch noch arabisch, das ist ja alles nicht ausreichend gewesen um das zu begünstigen, diesen Austausch von beiden Kulturen. Da bin ich einfach realistisch, denke ich mir, wo liegen die Fehler, was hätte man besser machen können?

Nursel Konak, Abbas Doğan

reality check digital
Bildungswerk Vielfalt

Deutschkurs für Frauen_Digital 1

Im digitalen Kurs können Frauen lebensnah ihre Deutschkenntnisse verbessern. Das Angebot richtet sich an Frauen, die sich auf einen A1-Kurs vorbereiten.

Wann: Di und Do 10:00-11:30
Wo: www.bildungswerk-vielfalt.com
Kursleitung: Amal Makhoul

Der Kurs ist kostenfrei.
Eine Anmeldung ist erforderlich.
direkt hier oder per E-Mail an bildungswerk-vielfalt@vmdo.de

reality check digital
Bildungswerk Vielfalt

Instagram und Co
Sichtbarer werden mit Social Media

Grafikskills für Nichtgrafiker:innen:

- Welche guten Tools gibt es kostenfrei im Netz?
- Welche Formate sind Standard?
- Wie werden Schriften und Texte richtig eingesetzt?
- Wie kann man Bildmaterial, Grafik und Fotos optimieren?
- Was sind die aktuellen Trends?

Wir laden ein, gemeinsam mit unserem **Grafikexperten Dieter Sommer**, Antworten auf diese Fragen zu finden.

Wann: Freitag 16.09.-26.11. von 16:30-18:00

Wo: Haus der Vielfalt, Beuthstr. 21, 44147 Dortmund

Das Angebot ist kostenfrei. Eine Anmeldung ist erforderlich. E-Mail: bildungswerk-vielfalt@vmdo.de

Kurzgeschichte von Nasrin Safaei: Ein Tag in Teheran



Nasrin Safaei ist 46 Jahre alt, sie kommt aus dem Iran und ist seit 4 Jahren in Deutschland. Sie hat den Master Abschluss in persischer Literatur und einen Roman über Frauen im Iran und 8 Kurzgeschichten geschrieben.

Es ist einer der kältesten Tage in Teheran; 6 Uhr morgens. Ich stehe vor dem Spiegel. Es ist unglaublich, dass dieses blasser Gesicht immer noch schön ist und diese müden Augen immer noch den Glanz der Jugend haben. Ich schminke mein Gesicht, ziehe mir meine Kleidung ordentlich an und verlasse meine Wohnung. An der Straße warte ich auf ein Taxi. Eines der teuren Autos bremsst neben mir. Der Fahrer hebt seine Sonnenbrille und lächelt mich arrogant an. Ich verstehe die Bedeutung dieses Gesichtsausdrucks sehr gut, weil ich in Teheran wohne. Das bedeutet, dein Körper und dein Aussehen gefallen mir. Wenn du in mein Auto einsteigst, würde ich ein paar Stunden Spaß mit dir haben. Vor ein paar Jahren, als ich noch jünger war, waren solche Verhal-

tensweisen nicht üblich. Heute sind sie aber auf den Straßen sehr verbreitet. Einige Soziologen sehen die Armut, oder die fehlenden Bordelle, als die möglichen Ursachen. Einige Politiker glauben, diese Probleme würden absichtlich von den Industrieländern initiiert, um die Menschen der Dritten Welt zur Absurdität und Ziellosigkeit zu führen.

Die Mullahs meinen, da die Anzahl der Frauen im Land höher sei als die der Männer, müsse es gesetzlich erlaubt sein, dass ein Mann gleichzeitig mindestens vier Frauen heiratet. Damit würden all diese Probleme gelöst werden! Es ist schon 8 Uhr und ich erreichte endlich das Finanzamt im Nordwesten Teherans.

Heute ist der vierte Tag, an dem ich auf dieses Amt komme. Meine Schwester wartet vor dem Amt auf mich. Wir müssen zu Herrn X in Zimmer Nummer 9.

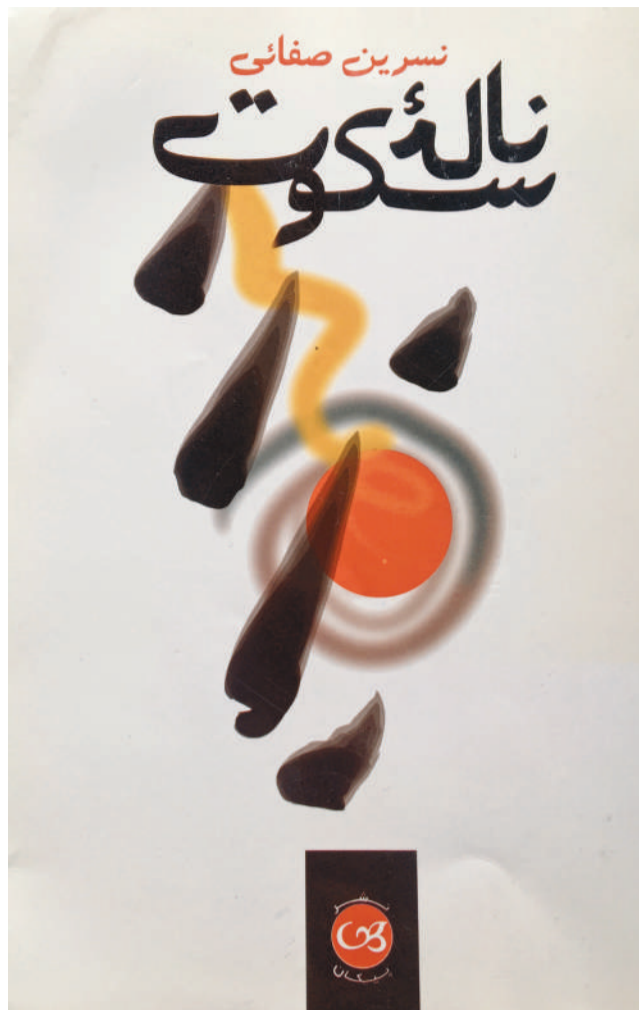
Als wir Herrn Xs Zimmer betreten, erklärt mir meine Schwester, dass ich nicht nur Übertragungssteuer sondern auch Mietsteuer zahlen müsste. „Was?“, frage ich. Meine Schwester ist sehr besorgt. „Ich weiß auch nicht warum. Ich konnte es auch nicht verstehen.“, sagt sie. Ein dicker Mann mit langem Bart sitzt vor uns. Ich setzte mich auf den Stuhl vor ihm und stelle mich ihm vor. Er fragt, ob meine Schwester mir etwas über Mietsteuer erzählt habe. Ich sehe ihn sehr ernst an und erkläre, „Ich habe mich vor ungefähr vier Jahren von meinem Mann scheiden lassen. Ich sollte die Miete für meine Wohnung bezahlen. Ich sollte für mich und mein Kind Lebensmittel und etwas zum Anziehen kaufen und mein Einkommen war für alle diese Sachen nicht ge-

nug. Deshalb habe ich um einen Kredit bei der Sparkassen gebeten, aber da ich keine Wohnung und kein Grundstück besitze, war die Sparkasse nicht bereit, mir diesen Kredit zu gewähren.“

Aus diesen Gründen sollte meine Schwester mir Ihre Wohnung verkaufen.

Aber das war kein echter Handel. Ich habe tatsächlich keine Wohnung und habe von niemandem Miete erhalten.

Meine klare Erklärung beeindruckte ihn. „Wieso hast du dich von deinem Mann scheiden lassen?“, fragte er mich. Diese Frage ist sehr üblich, wenn ein Mann erfährt, dass eine junge Frau sich von ihrem Mann getrennt hat. „Wir haben sieben Jahre zusammengelebt und hatten sieben Jahre Probleme miteinander. Kann man das alles in fünf Minuten erklären?“ fragte ich ihn. „Nein, das kann man nicht.“ antwortete er mit einem Lächeln. In meinem Land hat eine Frau bei Behördengängen drei Möglichkeiten mit Männern zu kommunizieren und Ihre Probleme zu lösen. Der einfachste Weg ist, sie spielt ihre weibliche Attraktivität aus. Die zweite Möglichkeit ist, den zuständigen Beamten zu bestechen.



ge zu bahnen. Endlich habe ich mit viel Mühe den Glasschalter erreicht. Ich gebe dem Angestellten dort meine Unterlagen. „Bitte geben Sie mir meine Steuerbescheinigung.“, sage ich laut, damit er meine Stimme hören kann.

Er nimmt meine Unterlagen und sieht sie schnell an. Dann schreibt er etwas auf ein Stück Papier: „Kommen Sie nächste Woche Montag wieder, dann erhalten Sie Ihre Steuerbescheinigung.“ sagt er, ohne mich anzusehen.

„Was“, schreie ich, „heißt das, ich muss noch einmal hierher kommen. Der Angestellte tut so, als hätte er mich überhaupt nicht gehört und er nimmt gelangweilt die Unterlagen des Mannes neben mir entgegen.“

„Wenn ich Ihnen bei meinem ersten Besuch gleich fünfhunderttausend Tomans gegeben hätte, hätte ich nicht 5 mal hierherkommen müssen. Ist das richtig?“, rufe ich verärgert.

„Du musst keine Mietsteuer zahlen. Du kannst deinen Steuerbescheid bei meinem Kollegen im ersten Stock abholen. Ich eile in den ersten Stock. Hier gibt es eine große gläserne Trennwand zwischen dem Personal und den Kunden. Ungefähr fünfzig Männer warten dort. Ich versuche mir einen Weg durch die Men-

Nach nur ein paar Sekunden stehen drei große Männer vor mir. „Bringt sie weg! Sie hat einen Regierungsbeamten beleidigt.“, sagt der Angestellte.

Schrittweise verstehe ich, in welchen Schwierigkeiten ich mich befinde. Eine Haftstrafe bekommen, arbeitslos, obdachlos und mittellos werden. All diese Konsequenzen sind zu viel für einen einfachen Protest. „Ich hatte nicht vor einen Aufruhr anzustiften. Ich hatte nur einen kleinen Einwand.“ Meine Stimme wird automatisch leise und schwach.

„Einen kleinen Einwand? Du hast meinen Kollegen verleumdet und du hast gelogen.“ Er weiß sehr gut, dass ich die Wahrheit sage. Aber er schreit schamlos, weil er stärker ist als ich und ich weiß, dass er mich sehr leicht zerstören kann. Ich wähle einen anderen Weg und entgegne, „Ich lebe mit meinem Fünfjährigen Kind. Ich muß für Miete und...“ Ich muß diesem Mann von meinem Unheil erzählen. Ich hasse mich selbst dafür. Tränen strömen über mein ganzes Gesicht.

Ich senke meinen Kopf, um sein siegreiches Gesicht nicht zu sehen.

„Dieses Mal werde ich deinen Fehler vergeben.“, sagt er. Als ich den Raum verlasse, sehe ich meine Schwester. Sie umarmt mich. „Was ist passiert?“, fragte sie.

„Ich bin müde, Schwester! Ich bin sehr müde...“, sage ich mit sehr leiser Stimme.

Ich bin eine Frau in Teheran, mit einem schönen und ordentlichen Aussehen und einem unruhigen und ängstlichen Inneren.

Theater divers gestalten!

Die Dortmunder Tanz- und Theaterszene ruft auf zu einer partizipativen Bestandsaufnahme.

Wie divers sind die Darstellenden Künste eigentlich? Dieser Fragestellung widmet sich das Netzwerk dott – Dortmunder Tanz- und Theaterszene mit dem Projekt theater.divers. Das Projekt setzt sich zusammen aus gemeinsamen Theaterbesuchen des Szene machen! Festivals und partizipativen Informationsveranstaltungen an einem Themenwochenende im September. Unterteilt ist das Projekt in verschiedene Programmpunkte. Die gemeinsamen Theaterbesuche laufen unter der Rubrik theater.divers sehen und sollen die Möglichkeit bieten, sich unter einem thematischen Schwerpunkt mit Theater zu befassen. Geschaut werden soll zum Beispiel, wie sich die Darstellenden Künste mit ver-

schiedenen Diversitätskonzepten beschäftigen, welche Personen eigentlich auf der Bühne repräsentiert werden und wer überhaupt auf der Bühne steht. Anschließend an die Besuche soll es Raum zum Austausch, zur Diskussion und zur Vernetzung geben. Mit den Rubriken theater.divers proben und theater.divers sprechen können die Eindrücke der Theaterbesuche vertieft werden. In einem vielfältigen Workshopprogramm können interessierte Besucher:innen und Künstler:innen gleichermaßen künstlerisch tätig werden und sich mit künstlerischen Biografien und Heimatkonzepten, mit Popkultur, Rap und eigenen Erzählungen auseinandersetzen. Insgesamt vier Workshops bieten Anleitungen zu

rassismuskritischer Theaterarbeit, Stimm- und Präsentationstechniken, Einblicke in Rap als Ausdruck sozialer Milieus und die Frage nach dem eigenen Ich. Abgerundet wird das Workshopprogramm mit moderierten Diskussionen, die die Diversität in der Tanz- und Theaterszene, aber auch die des Publikums beleuchten sollen – als partizipative Bestandsaufnahme. Informationen zum Programm von theater.divers können der Homepage www.dott-netzwerk.de ab dem 01.07.2021 entnommen werden. Interessierte können sich vorab gerne über die Socialmedia Kanäle des Netzwerks informieren – dort finden sich bereits jetzt nützliche Hintergrundinformationen zum Themengebiet Diversität in den Darstellenden Künsten.



Unter dem Dach des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Dortmund haben sich rund 200 gemeinnützige Vereine, Organisationen und Initiativen zusammengeschlossen. Sie bieten Unterstützungsleistungen in allen Lebensbereichen an:

- Beratung bei Ehe- und Lebenskrisen
- Unterstützung bei der Betreuung von Kindern
- Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene
- Unterstützung bei psychischen Erkrankungen
- Hilfen für Menschen mit Behinderungen
- Hilfen in Notlagen und bei besonderen sozialen Schwierigkeiten
- Selbsthilfeunterstützung

Kontakt über

Paritätischer Wohlfahrtsverband NRW
Kreisgruppe Dortmund
Ostenhellweg 42-48/Eingang Moritzgasse
44135 Dortmund
Telefon: (02 31) 189989-0, Fax: -30
dortmund@paritaet-nrw.org
www.dortmund.paritaet-nrw.org

Arabisch-Unterricht startet wieder nach den Sommerferien

Die Palästinensische Gemeinde hat am 27.06.2021 die Kinder der ersten Klasse in die Sommerferien verabschiedet, die Kinder bekamen Geschenke und haben sich ebenfalls bei der Lehrerin mit einem Geschenk bedankt. Der Arabisch-Unterricht beginnt nach den Schulferien wieder.



ECHO

Zum Paritätischen Dortmund gehören:

- 66 Angebote der Kinderbetreuung und Kinderbildung in Tagesstätten, im Offenen Ganztags und in der Tagespflege
- 64 Initiativen des bürgerschaftlichen Engagements in allen Sozial- und Jugendbereichen
- 28 Dienste und Einrichtungen der Altenhilfe und Altenpflege
- 22 Organisationen der Behindertenhilfe
- 21 Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendhilfe
- 20 Organisationen im Bereich der Migration und interkulturellen Arbeit
- 19 Anbieter von Gesundheits- und Suchtkrankenhilfen
- 17 Beschäftigungs- und Qualifizierungsinitiativen sowie Bildungsstätten
- 13 spezifische Beratungsstellen und -angebote für Kinder und Familien, Frauen und Homosexuelle
- 9 Hilfseinrichtungen für Menschen in Not sowie Schuldner- und Sozialberatung
- 4 Angebote des Quartiersmanagements und der Gemeinwesenarbeit
- 1 Hilfs- und Rettungsdienst
- 1 Selbsthilfe-Kontaktstelle zur Unterstützung von über 400 Selbsthilfegruppen

Sommer und Spaß pur beim Kinder und Jugend - Sommerfest 2021 des VMDOs

Am Samstag, den 3. Juli 2021, ging es im Hof des Hauses der Vielfalt des VMDOs in der Beuthstraße 21 bunt und sommerlich her, der offene Kinder- und Jugendtreff „KiVi“ Kinder der Vielfalt und die

Eltern-Kind-Gruppe für geflüchtete Familien hatten zum Kinder und Jugend - Sommerfest 2021 eingeladen hatte. Bezirksbürgermeister Ralf Stoltze und Vedat Akkaya vom VMDO-Vorstand eröffneten

das Fest bei strahlendem Sonnenschein. Mit dabei waren zahlreiche Acts wie der Jongleur Felix Feldmann, die Breakdance Gruppe des JKC und die Dortmunder Tanzgruppe Dance Revolution.

Ergänzt wurde das Bühnenprogramm durch Mitmachaktionen, wie Rieseisenblasen und auch das Üben von Breakdance-Moves. Das Sommerfest wurde durch zahlreiche Kreativangebote wie

das Bemalen von Caps und das Basteln von Armbändern ergänzt. Für reichlich Spaß und gute Laune hat die Hüpfburg der Sparkasse Dortmund gesorgt. Bei bestem Sommerwetter sind zahlreiche Kinder und deren Eltern auf den Geschmack des bunten Festes gekommen, wobei Groß und Klein bei allen Aktionen viel Spaß hatten. Ein Highlight war der Malwettbewerb, in dem mehr als 20

Kinder ihr kreatives Können zum Besten geben konnten und drei Sieger feierlich gekürt worden sind. Auch das Piratenschiff, welches im Rahmen eines Osterferienprojektes in Zusammenarbeit mit der Dortmunder Künstlerin Janine Despaigne umgestaltet wurde, konnte durch Namensvorschläge der Kinder auf den Namen "Pira" getauft werden.

KiVi, Fotos: J.Abolnikov



„Kultur trifft Digital“ #trifft Dortmund



KULTUR TRIFFT DIGITAL

In Kooperation mit der Stiftung Digitale Chance, dem Dortmunder U - Digitales KulturLabor (DKL) und dem VKII – Verein Kamerunischer Ingenieure und Informatiker erlaubt es dem KiVi den Kindern und Jugendlichen zu ermöglichen am bundesweiten Projekt „Kultur trifft Digital“, welches zum ersten Mal in Dortmund stattfindet, teilhaben zu lassen. Bereits am 19. Juni 2021 konnten die Kinder und Jugendlichen erfolgreich an einem ersten digitalen Orientierungsparcours teilnehmen und im Zeitraum von sechs Stunden digitale Medien an vier verschiedenen Stationen einmal neu erleben. Die zweite Phase des Projek-

tes, in welcher die Kinder und Jugendlichen ihre Projektideen zum Thema „Kultur trifft digital“ umsetzen werden, findet vom 27. Bis zum 30. Juli 2021 statt. Wir laden Euch herzlich dazu ein, im Rahmen eines Pressetermins, auch das Projekt und die daraus entstandenen Ergebnisse selbst anzuschauen. Der Termin dafür wird am Freitag, den 30. Juli 2021 um 15 Uhr im KiVi sein. Die Kooperationspartner werden ebenfalls vor Ort sein. Sehr gerne würden wir auch euch dort willkommen heißen! Falls Interesse besteht, den Termin wahrzunehmen, bitten wir um eine kurze Terminbestätigung an KIVI@vmdo.de.

KINDER ERSTELLEN BILDER "WILLKOMMEN SOMMER 2021!"

Wir hatten aufgrund der Covid-Pandemie eine schwierige Zeit, Distanzunterricht, geschlossene Kinder- und Freizeiteinrichtungen, diese Phase ist jetzt gottseidank überstanden, das Coronavirus scheint endlich auf dem Rückzug zu sein und wir freuen uns auf eine coronafreie Zeit. Wir haben mit den Kindern schöne bunte Sommerbilder gemalt, die hier im Echo abgedruckt sind.

In den Bildern, die die Kinder mit ihrer Fantasie frei gemalt haben, sehen wir die glühende Sommersonne, das kühle Meer, viele bunte Regenbögen, die frische Natur der Freiheit, natürliche schwimmende Fische, herrliche bunte Blumen sind zu sehen! Aus dem Pessimismus der Covid-Epidemie haben die Kiwi-Kinder über das Malen der Sommerbilder wieder Hoffnung und viel Kraft geschöpft.

Diese Vorstellungskraft der Kinder wurde erweitert und der Glaube auch große Schwierigkeiten zu bestehen konnte gefördert werden. Wir hoffen, dass unsere Welt so bunt und schön wird, wie die Bilder unserer Kinder des KiVis!

Glückliche Kinder, glückliche Welt!

Sema Cakmak

